

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Westseite oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Freie, christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften.

Das Septemberheft des „Meinungsorgans“ bringt wie alljährlich eine Uebersicht der deutschen Arbeiterorganisationen aus dem Vorjahre, diesmal also von 1909, und stellt dabei fest, daß von den bei der Berufszählung vom 12. Juni 1907 ermittelten 10 708 346 Arbeitern in Industrie, Handel und Verkehr 8 597 295 oder 83,6 Proz. organisiert sind. Die Zusammenstellung führt allerdings 1 885 813 Mitglieder sogenannter unabhängiger Vereine, Vaterländischer Arbeitervereine, gelber Arbeiterverbände und konfessioneller Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine auf, denen man gewerkschaftliche Aufgaben kaum zuweisen kann, die deshalb nicht als Gewerkschaften angesprochen werden können. Von den Vereinigungen, deren hauptsächlichste Aufgabe die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, zählen die freien Gewerkschaften 1 832 667, die christlichen Gewerkschaften 270 751 und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 108 028 Mitglieder. Die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1909 weisen gegen die Schlussziffern des Vorjahres eine Zunahme von 94 605 auf. Damit ist der 75 183 Mitglieder betragende Mitgliedstand des Jahres 1908 nicht nur wieder ausgeglichen, sondern um 19 422 überholt. Die Zunahme von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, beträgt allerdings nur 936. Die christlichen Gewerkschaften hatten im Berichtsjahre einen Zuwachs von 6232 und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einen solchen von 2305.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der drei genannten Organisationsgruppen illustrieren die folgenden Zahlen:

	Ein- nahmen M.	Aus- gaben M.	Ver- mögen M.
Freie Gewerkschaften . . .	50 529 114	46 261 031	43 480 932
Christl. Gewerkschaften . . .	4 612 920	3 843 504	5 365 388
Hirsch-Dundersche Gewerkschaften . . .	2 808 220	2 594 202	4 872 495

In Form von Unterstützungen sind an die Mitglieder zurückgezahlt:

	Streik-Unter- stützung usw.		Sonstige Unterstützungen	
	Total M.	pro Kopf M.	Total M.	pro Kopf M.
Freie Gewerkschaften . . .	7 979 115	4,35	80 884 208	16,85
Christl. Gewerkschaften . . .	489 028	1,80	1 409 986	5,59
Hirsch-Dundersche Gewerkschaften . . .	148 228	1,87	795 498	7,58

Diese Zahlen beweisen ohne weiteres die Überlegenheit der freien Gewerkschaften über die anderen Organisationsgruppen, sowohl als Machtfaktor im Lohnkampf als auch auf dem Gebiete des Unterstützungswesens.

Bemerkenswert ist nun das Zusammenarbeiten der drei Organisationsarten in den wirtschaftlichen Kämpfen oder vielmehr das Verhalten der freien Verbände zu den christlichen Organisationen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Durch die Verhältnisse gezwungen, haben alle drei Organisationsrichtungen trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Grundanschauungen Lohnbewegungen gemeinsam führen müssen. Fast alle freien Gewerkschaften haben in dem einen oder anderen Falle mit Christen oder Hirsch-Dunderschen oder auch mit beiden gemeinsam Lohnbewegungen durchgeführt. Es sei z. B. daran erinnert, daß der Bergarbeiterverband mit christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen in gemeinsamer Kampffront gestanden, daß der Buchdruckerverband den christlichen Gutenbergsbund in das Vertragsverhältnis mit der Arbeitgeberorganisation aufgenommen hat; der Holzarbeiterverband führt seit einigen Jahren seine Tarifbewegungen in Gemeinschaft mit „Christen“ und „Hirschen“. Bei der Bauarbeiterbewegung im Frühjahr dieses Jahres standen neben den Vertretern des Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiterverbandes Vertreter des christlichen Verbandes der Arbeiterorganisation des Baugewerbes gegenüber. In der letzten Werftarbeiterbewegung haben die beteiligten Organisationen die Vertreter der beiden anderen Organisationsrichtungen freiwillig hinzugezogen, nachdem das unberechtigte Verlangen der Werftarbeiter, ihrerseits die Vertretung der Arbeiter zu bestimmen, zurückgewiesen und von den Werftlern auf die Teilnahme

von Vertretern der christlichen, Hirsch-Dunderschen und gelben Gewerksvereine verzichtet war. Dabei liegt eine durch die Mitgliederzahl bedingte Rücksichtnahme eigentlich nicht vor. Gegenüber den freien Gewerkschaften haben Christliche und Hirsch-Dundersche nur ganz geringe Mitgliederzahlen aufzuweisen. Christen und Hirsche werden also im allgemeinen die Lohnbewegungen der freien Verbände nicht beeinflussen können. Sie vermögen es nur im Einzelfalle, dort, wo sie mit nennenswerter Mitgliederzahl in Betracht kommen. Da beide Organisationsarten sich bemühen, ihre Kräfte auf einzelne Bezirke oder Betriebe zusammenzuziehen, ist auch die Gelegenheit, Einfluß ausüben zu können, für beide verhältnismäßig recht gering. Trotzdem die Erscheinung, daß die sich sonst bekämpfenden Organisationen in gemeinsamer Front, Schulter an Schulter im Lohnkampf stehen. Was mag zu dieser absonderlichen Erscheinung die Veranlassung sein?

Zunächst wohl das Gerechtigkeitsgefühl. Es entspricht ganz den in den freien Gewerkschaften herrschenden demokratischen Anschauungen, daß Minoritäten berücksichtigt werden und in den Fällen, in denen Mitglieder anderer Organisationen in nennenswerter Zahl in Betracht kommen, ihnen eine Vertretung und ihrer Stärke entsprechender Einfluß auf die einzuschlagenden taktischen Maßnahmen zugestanden wird. Es kommt aber noch ein anderes, weit wichtigeres Moment dazu:

Der Gründung der Gewerksvereine lag von Anfang an nur die Absicht zugrunde, die Arbeiter an die Fortschrittspartei zu fesseln. Das Interesse der fortschrittlichen Akteure Hirsch und Genossen, der Gründer der Gewerksvereine, an der Gewerkschaftsbewegung war durch die Befürchtung erwacht, die bis dahin im fortschrittlichen Heerbanne marschierenden Arbeiter möchten sich der bisherigen Führung entziehen und sich der im Entstehen begriffenen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Man wollte die Arbeiter an die alte Fahne fesseln. Das mißlang; der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß am 26. September 1898 lehnte diese Führerschaft ab, die Arbeiterschaft erklärte, ihre Interessen selbst wahrzunehmen, die Zügel ihres Geschickes selbst in die Hand nehmen zu wollen. Daß diese entschiedene Absage die Wut der Herren im fortschrittlichen, später freisinnigen Lager auf das höchste entflammte, dürfte zu verstehen sein. In der Tat haben auch diese sogenannten liberalen Kreise und die in deren Baune stehenden Gewerksvereine die Gewerkschaften, zum Teil noch bis in die jüngste Zeit hinein, mit einer Schärfe und Skrupellosigkeit bekämpft, wie sie selbst in den schärfstmacherischen Kreisen der Arbeitgeber nur recht selten zu finden ist.

Achtnach liegt es mit den christlichen Gewerkschaften. Sie bestehen seit etwas über einem Jahrzehnt und wurden, als die Gewerkschaften durch ihre Stärke wirkliche Erfolge zu erzielen begannen, zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet, dem sozialdemokratischen Einflusse ein Paroli zu bieten, das Abstreifen der im Gefolge des Zentrums befindlichen Arbeiter in die freien Gewerkschaften zu verhindern und sie deren aufklärendem Einflusse zu entziehen. Auch hier ist es erklärlich, daß die Auseinandersetzungen mit den freien Gewerkschaften mit großer Schärfe geführt wurden.

Trotz dieser Gegensätze sind die drei in ihren Grundanschauungen so verschiedenen Organisationsrichtungen, wie schon gesagt, gezwungen, gemeinsame Kämpfe um Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen. Christliche Gewerkschaften und Hirsch-Dundersche Gewerksvereine haben sich dazu verstehen müssen, die so viel geschmähte Kampfeskategorie der freien Gewerkschaften anzuwenden und mitzumachen; sie mußten bei Strafe des Verlustes ihrer Gefolgschaft mitkämpfen, dieselben Methoden anwenden wie die verhassten Sozialdemokraten. Der Arbeiter im freisinnigen Lager hat sich ebensowenig mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und eine freundschaftliche Verständigung zwischen beiden zufrieden gegeben, wie der Christliche sich mit der Ungültigkeit alles Irdischen und der Wiedervergeltung im Jenseits verträufen ließ. Brot wollten die Arbeiter auf dem Tisch haben, nach besseren Arbeitsbedingungen, nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen stand ihr Sinn. Da ihnen alles das nicht freiwillig zugestanden wurde, blieb nur der Kampf übrig, mußte gekämpft werden. Dem haben die Führer in beiden Lagern Rechnung tragen müssen, ob sie wollten oder nicht.

Aber auch die freiorientierte Arbeiterschaft hat ein erhebliches Interesse am Zusammenarbeiten mit den beiden anderen Organisationsgruppen. Der durch das

Zusammenarbeiten bewirkte Einfluß auf die in den anderen Lagern befindliche Arbeiterschaft ist unerkennbar. Man höre nur die christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiter in ihren Versammlungen, es wird dort ein Habituismus entwickelt, gegen den die sozialdemokratischen Arbeiter, denen man in dieser Beziehung doch gewiß Zurückhaltung nicht nachsagen kann, bei weitem nicht mitkommen. Auch im gegnerischen, dem Arbeitgeberlager, wird das rückhaltlos anerkannt. Längst hat man sich dort zu der Ansicht durchgerungen, daß der ursprünglich verfolgte Plan, die verschiedenen Organisationsrichtungen zu gemeinschaftlichen Verhandlungen hinzuzuziehen, dabei die eine gegen die andere auszuspielen, um so nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ die Vertretung der Arbeiterinteressen unwirksam zu machen, ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichem Objekt ist. Im Gegenteil wird durch die Anwesenheit von Vertretern verschiedener Organisationsrichtungen eine gewisse Kontrolle geschaffen, muß doch jeder der Arbeitervertreter annehmen, er wird von dem Vertreter der „Konkurrenzorganisation“ festgenagelt, wenn er sich etwa eine Blöße geben sollte. Die durch das Zusammenarbeiten bewirkte „Verfeuchung“ der im bürgerlichen Lager befindlichen Arbeiter mit den Kampfesideen des Proletariats ist unbestreitbar. Ganz besonders scharf tritt dies in der christlichen Arbeiterbewegung zutage. Der Kampf zwischen der sogenannten „Berliner Richtung“ und den christlichen Gewerkschaften beweist das zur Genüge. Die Herren im christlichen Lager wissen ganz genau, daß die Verführung mit der klassenbewußten Arbeiterschaft über kurz oder lang zu einem Sichfinden im Lager des klassenkampfbewußten Proletariats führen muß.

Die Führer der christlichen und der Hirsch-Dunderschen Organisationen stehen dieser Entwicklung mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Sie haben ein begreifliches Interesse, die Selbständigkeit ihrer Verbände zu wahren. Aus diesem Grunde suchen sie ihre Anhänger vor den bösen Sozialdemokraten arauisch zu machen, und sie glauben ihren Zweck durch öftere kräftige Schimpfereien erreichen zu können. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, wie das die Hirsche in neuester Zeit wieder bewiesen, ihre Leute gelegentlich zum Streikbruch zu kommandieren. Diese Taktik ist aber im Grunde genommen doch recht gefährlich für sie. Auf die Dauer lassen sich auch die sanftmütigsten Hirsche nicht für solche Zwecke mißbrauchen. Je mehr man auf jener Seite den Streikbruch propagiert, um so eher lehren die ankämpfenden Elemente der Streikbrecherorganisation den Rücken.

## Welche Wendung!

n. Die enge Verwandtschaft der Konservativen und Ultramontanen überträgt sich auch auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften. Diese sind ultramontanen Ursprungs und dienen von Anfang bis heute der Politik des Zentrums; sie lassen sich auch bezüglich ihrer Stellung zu den Parteien ganz von den Anschauungen des Zentrums leiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich der schlimmste Gegner, und von da nimmt die Gegnerschaft zu den Parteien ab in dem Maße, wie es nach rechts geht. Mit den Konservativen ist man ein Herz und eine Seele, und nie findet sich in der christlichen Gewerkschaftspresse ein Wort gegen die Junkertippe, so groß deren Verbrechen an der Sache des Volkes und namentlich der Arbeiter auch sein mögen. Die christlichen Gewerkschaften haben ja durch die an ihnen beteiligte christlichsoziale Partei einen stark konservativen Einschlag, dem sie Rechnung tragen müssen, wenn sie nicht der Günst der evangelischen Pastoren und damit des Anhanges aus evangelischen Arbeiterkreisen verlustig gehen wollen. Und die Konservativen schämen die christlichen Gewerkschaften, weil sie in ihnen eine Hilfstruppe zur Bekämpfung des allen Rückschrittlerern gemeinsamen Feindes: der Sozialdemokratie, erblicken. So schrieb 1904 die „Kreuzzeitung“, das konservative Junkerblatt, „daß, um den sozialdemokratischen, religions- und vaterlandslos geleiteten Gewerkschaften ein irgendwie wirksames Paroli bieten zu können, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf paritätischer Grundlage mit allem Eifer betrieben und nachdrücklich unterstützt werden muß. Selbst für denjenigen, der kein Freund der Organisation der Arbeiter ist, muß hier der maßgebende Grundsatz zur praktischen Geltung kommen: Teile und herrsche!“

Also nur soweit die christlichen Gewerkschaften zum Nutzen der Scharfmacher und Ausbeuter zur Zersplitterung der Arbeiter dienen, ist ihnen die Günst der Konservativen

sicher. Anders wenn sie es unternahmen, wirksam die Besserung der Lage der Arbeiter zu fördern. Dann wären sie nicht mehr wert und nicht anders zu behandeln als die Sozialdemokraten auch. Als daher ein Jahr darauf der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften mit einer gewissen Verunglückung die wirtschaftlichen Kämpfe aufzählte, an denen sie beteiligt waren, da schrieb die „Kreuzzeitung“, die christlichen Verbände sollten das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Vermeidung von Streiks und die friedliche Beilegung von Differenzen legen und in weit höherem Maße, als es bisher geschehen, die sozialdemokratische Bewegung als widerständig und staatsgefährlich mit grundsätzlicher Entschiedenheit bekämpfen. Dann würden sie der Gewerkschaftsidee näher kommen, als es zurzeit den Anschein habe, denn wie die Dinge augenblicklich lägen, brüht sich der Unterschied zwischen der christlichen und der sozialdemokratischen Organisationsstrebung eigentlich nur noch in der Namensbezeichnung aus.

Die Grundstimmung der Konservativen gegenüber den christlichen Gewerkschaften war also durchaus wohlwollend, so lange diese den Zweck, zu dem sie geschaffen worden waren, erfüllten: die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Zerspaltung der Arbeiterbewegung. Und das Wohlwollen ließ nach, wenn sich die christlichen Gewerkschaften von ihren Vätern auf dem Versuch ertappen ließen, als Arbeiterorganisationen mitzuwirken an der Besserung der Arbeiterlage. In den letzten Tagen hat sich wieder einmal die „Kreuzzeitung“ mit den christlichen Gewerkschaften beschäftigt in einem Artikel, der gemischt ist aus Mißmut und Wohlwollen. „Die christlichen Gewerkschaften“, so heißt es da, „sind als eine politische Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, und ihre Führer haben bisher freundschaftliche Beziehungen zu monarchisch gesinnten Parteien unterhalten. In der Entwicklung der letzten Jahre zeigen sie freilich eine immer bedenklicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften — Hinneigung ist sogar schon zu wenig gesagt; sie sind faktisch unter die Führerschaft der früheren Gegner geraten, da sie sich im Wettbewerb um die Gunst der Arbeiter mindestens so radikal benehmen zu müssen glaubten, wie die sozialdemokratische Konkurrenz. Sie erleben an sich daselbe, wie der Fortschritt, der so lange hinter der Sozialdemokratie herläuft, bis ihm der Atem ausgeht. Der Tag rückt immer näher, an dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften sagen können: „Nun haben wir Euch, wo wir Euch haben wollten. Seien wir Freunde!“

Indes will die „Kreuzzeitung“ nicht die Hoffnung aufgeben, daß es gelingen werde, die christlichen Gewerkschaften aus der sozialdemokratischen Umklammerung zu lösen. Der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie sei offenbar; der Entscheidungskampf der Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften stehe bevor. Da dürften die Arbeiterorganisationen, die den Klassenkampf verwerfen, nicht als Feinde, sondern sie müßten mit freundlichem Entgegenkommen behandelt werden, und andererseits sei zu wünschen, daß die nichtsozialdemokratischen Verbände diesem großen Entscheidungskampfe der Arbeitgeberverbände und der Sozialdemokratie fern-

bleiben möchten, so daß der Standpunkt krasser Gerechtigkeit nur gegen Kommunisten und Republikaner geltend gemacht werden könne.

Ein nettes Pländchen — würdig der gewerkschaftlichen Staatsstreicher vom Schlage der „Kreuzzeitungs“männer. Es soll der deutschen Arbeiterbewegung ans Fell; diesmal recht gründlich; in einem Entscheidungskampfe soll die Arbeiterklasse durch die Fesselung und Vernichtung der freien Gewerkschaften ihres einzigen Schutzes beraubt werden, — und die christliche Gewerkschaftsbewegung ist auszuweichen, sich hübsch „neutral“ zu verhalten und gegen Zuspätkommen guter Behandlung die deutsche Arbeiterklasse ans Messer zu liefern. Und was antwortet die Zeitung der christlichen Gewerkschaften darauf? Weist sie das Anstehen der konservativen Staatsstreicher und Volksfeinde mit Entrüstung zurück; beißt sie soviel Einsicht und Solidaritätsgefühl, um sich zu sagen, daß angesichts solcher Pläne der Arbeiter zum Arbeiter halten muß, wenn nicht der Name Arbeiter zum verächtlichen Schimpfwort werden soll? Bewahrt! Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften findet den Artikel der „Kreuzzeitung“ „zweifellos sehr lesenswert“; es hat zwar „wesentliche Einwendungen“ zu machen, will diese aber auf sich beruhen lassen und nur zu den Anschauungen Stellung nehmen, die die christlichen Gewerkschaften betreffen. Das Blatt sucht dann darzutun, daß die von der „Kreuzzeitung“ den christlichen Gewerkschaften unterstellte „immer bedenklicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften“ nicht zutrefte, daß die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern eine ganz andere als auf sozialdemokratischer Seite sei, um dann zu schließen: „Die christlichen Gewerkschaften räumen also den Unternehmern grundsätzlich wichtige Funktionen und eine angemessene Stellung in der Volkswirtschaft ein; sie sind allerdings nicht so naiv, anzunehmen, daß alle differenzierenden Fragen zwischen Unternehmern und Arbeitern durch bloße Aussprachen behoben werden könnten. Zeitweise werden auch größere Differenzpunkte durch Anwendung von Machtmitteln zum Austrag gebracht werden müssen. Das hat aber keineswegs zur notwendigen Konsequenz, daß sich Unternehmer und Arbeiter unausgesetzt und dauernd als zwei feindliche Heerlager gegenüberstehen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, der extremen Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie entschieden entgegenzutreten. Sache der Arbeitgeber aber muß es andererseits sein, diese Tätigkeit den christlichen Gewerkschaften nicht zu erschweren.“

Die Auslassungen des Zentralblattes erregen das Wohlgefallen aller Arbeiterfeinde im Lande. Kein Wort der Entrüstung über das Anstehen an die christlichen Gewerkschaften, den Scharfmachern freie Hand zu lassen bei der Abschachtung der sozialistischen Arbeiterbewegung, dafür ehfurchtliche Verbeugung vor der Bedeutung des Unternehmertums mit der Bitte um Anerkennung und gute Behandlung der christlichen Gewerkschaften — wen sollte das nicht rühren? Die „Post“, das Oberorgan aller Scharfmacher, erkennt denn auch an, daß in der Haltung der christlichen Gewerkschaften eine Wendung eingetreten sei: „Wir erinnern hier nur an die Stellung des Kardinals Kopp zu den christlichen Gewerkschaften, der in ihnen nur eine Vorstufe der Sozialdemokratie, eine „Schule des poli-

tischen Modernismus“ sah und deshalb erklärte, sie mit allen Mitteln aus seinem Diözesanbereich fernhalten zu wollen. Demnach scheint uns auch die vorliegende Erklärung, mit der sich die Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften an die Öffentlichkeit wendet, weniger an die Adresse konservativ-evangelischer Blätter gerichtet, wie sie sich den Anschein gibt, als vielmehr an die Adresse der lokalen Verbände. Der tatsächlichen Wendung ins sozialdemokratische Lager soll endlich Einhalt getan werden. Formell braucht man dazu nur die offizielle Politik zu betonen, aber der Ton ist ein anderer, und der Ton macht auch hier die Musik... Man erkennt, daß hier, in ganz unauffälliger Form, der christlichen Gewerkschaftsbewegung offenbar eine ganz andere Wendung gegeben wird, die sie allerdings scharf und grundsätzlich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften trennen muß. Man darf darin vielleicht eine Folge des Streits der Kardinals erblicken. Die neue Politik der Gewerkschaften ist die Lösung, die aus dem Widerstreit gefunden wurde.“

Welche Wendung durch Gottes Fügung. Die christlichen Gewerkschaften, denen noch vor kurzem in scharfmacherischen Streifen der Katel anhing, daß sie schlimmer seien, als die Sozialdemokraten, sie sind die Hoffnung und der Stolz der vereinigten Volks- und Arbeiterfeinde. Die „Kreuzzeitung“, das Organ der Krautjunker, und die „Post“, das Organ der Schlotjunker, wetteifern in Wohlwollen gegenüber den wackeren Christen, von denen sie erwarten, daß sie im nahen Entscheidungskampfe zwischen Scharfmachertum und Arbeiterklasse sich auf die Seite der Arbeiterfeinde stellen. Wenn die Christlichen nur nicht erdrückt werden in der Umarmung ihrer konservativen Väter!

### Die deutsche Berufs- und Gewerbezählung 1907 und die Holzindustrie.

IX.

u. Haben wir uns im vorhergehenden damit begnügt, die Verteilung der Gewerbebetriebe und ihres Personals auf die einzelnen Gewerbegruppen nach drei Betriebsgrößen (Klein-, Mittel- und Großbetriebe) darzustellen, so wollen wir nunmehr für die Holzindustrie allein eine etwas detailliertere Uebersicht der Betriebsgrößen geben.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurden gezählt:

	1895		1907	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Kleinbetriebe	115200	115200	87813	87813
Betriebe mit 2 Person.	41764	83528	44754	89508
" " 3	38770	118425	22592	67746
" " 4-5	8025	64098	15823	60214
" " 6-10	8543	50526	10944	81828
" " 11-20	1090	61828	5888	78280
" " 21-50	580	88870	3600	112805
" " 51-100	169	22958	1103	75692
" " 101-200	59	14661	404	58745
" " 201-500	2	1089	119	88660
" " 501-1000	—	—	10	6707
" " über 1000	—	—	1	2894

### Wider die Gewohnheit.

e- Anschauungen und Handlungen, die auf Gewöhnung zurückzuführen sind, sehen ihrer Reformierung einen ungeheuren Widerstand entgegen. Mögen die Verhältnisse sich noch so fortgeschritten gestalten, die Erkenntnis immer weitere Kreise gezogen haben — alte Lebensgewohnheiten bleiben mehr oder weniger auf der Menschheit lasten. Der volle Triumph der Revolution wird hinten angehalten durch die Tradition.

Wie oft mühten sowohl die gewerkschaftlichen Pioniere als auch die „Schlachtenlenker“ es erleben, daß eine sonst verhältnismäßig leicht durchzuführende Sache zu scheitern drohte an der Mühsamkeit, die als Gewohnheitsrecht sich spreizt und breit macht! Am ehesten wurde die materielle Besserstellung geschafft, die in klingender Münze zum Ausdruck kam; Arbeitszeitverkürzung aber und ideell-humanitäre Fortschritte erlangten schwerer die nötige Anerkennung. Inverderblich wurde die Tätigkeit aber fortgesetzt, galt es doch eine neue Kultur zu schaffen, eine Kultur, die nur durch die Solidarität der arbeitenden Klassen in voller Blüte erblühen kann. Bedeutende Fortschritte sind erreicht! Wie schön sind die Kämpfer durch den Erfolg belohnt.

Die erzielten materiellen und ideellen Erfolge kommen immer mehr im Leben der Arbeiter zum Ausdruck. Nicht nur sind die Lebensansprüche gesteigert und die Bedürfnisse veränderte, sondern die Lebensgenüsse sind vielfach verfeinert. Die Gewerkschaften haben mit zunehmender Stärke und gesteigertem Einfluß nicht nur die materiellen Existenzbedingungen der Arbeiter verbessert, sie haben dem Leben der Berufscollegen auch einen anderen Inhalt gegeben. Darum müssen die Gewerkschaften im höheren Maße als Kulturträger gemertet werden. Gegen alte Gewohnheitsrechte und Anschauungen zogen sie zu Felde und beschnitten bzw. beseitigten solche. So wirkten die Arbeiterorganisationen u. a. auch gegen den Gewohnheitsfuß; sie bekämpften am wirksamsten den Alkohol.

In unserer Zeit der Abstinenzbewegungen ist es wichtig, gerade dieses auch einmal scharf zu betonen. So richtig es ist, die völlige Enthaltung vom Alkohol als eine Lebensfrage der Kulturböcker mit zu betrachten, so halten wir den Weg für den wichtigsten, den die Arbeiterorganisationen eingeschlagen haben: Hebung der ökonomischen und sozialen Lage des Volkes; Aufklärung über alle Schäden und Bekämpfung derselben.

Beim Genuß alkoholhaltiger Getränke haben wir es nun ohne Zweifel nicht nur mit wirtschaftlichen Ursachen, sondern auch mit Gebräuchen zu tun, die zu Lebensgewohnheiten geworden sind und deren volkswirtschaftliche und kulturelle Schäden vielfach nicht erkannt werden. Weite Schichten, die überall sonst der Sache der Revolution dienen, sehen darum bezüglich des Alkohols noch im Banne der Tradition. Seit dem denkwürdigen Beschlusse des sozialdemokratischen Parteitagess in Leipzig ist der Kampf wider das brutalste alkoholische „Genußmittel“, den Schnaps, zu erheblicher energischer geführt worden. Waren es auch vorwiegend wirtschaftliche und politische Gründe, die zum Vorkott führten, so wurde doch auch der Abstinenz wirksam gedient. In Werkstatt und Fabrik begann man die letzten Reste alter Gebräuche zu verscharren. Das Ausstoßen und Ausräumen des „halben Liter“, sowie das „Einstandgeben“ wurde eingeführt. Vieles hatten die Gewerkschaften schon vorher fortgeräumt; gut, daß nun auch die letzten Trümmer verschwand. Wenn ja auch hier und da der einzelne noch zum Schnaps greift — eine gewisse Beklemmung packt ihn doch. Er fühlt eben, daß er Unrecht gegenüber seinen Klasseninteressen handelt und bald wird auch er den Schnaps bößig meiden. In den Gegenden, wo die Organisation noch schwach ist, wird es zwar noch mancher Anstrengung bedürfen, aber auch dort wird die Wirkung des Schnapsbottbeschlusses nicht ausbleiben. Die Schnapsseuche, die ihre Ursache im wirtschaftlichen Elend und daraus resultierenden Gewohnheiten hatte, wird so schließlich durch die Arbeiterklasse überwunden werden.

Der gute Freund, der da nun meint, daß ohne alkoholische Genußmittel keine rechte Stimmung aufkommen oder die schlummernden Kräfte nicht erwachen, denkt, daß ihm Bier und Wein ja bleiben. Während heute ausnahmslos die Schäden des Schnapsgenusses in persönlicher und sozialer Hinsicht bekannt sind, wenigstens aber nicht mehr bestritten werden, ist das bezüglich des Bieres und Weines leider nicht der Fall. Wichtig ist, wie das die Professoren Hüppe und Bing konstatieren, daß nicht jeder Tropfen Alkohol, den der Mensch über die Lippen bringt, gleich eine Vergiftung zur Folge hat. Gerade darin, daß die Schädigungen erst in einem bestimmten Stadium, für jedes Individuum obendrein verschieden, eintreten, liegt aber die größere Gefahr. Weil die scharfe Beobachtung fehlt, wird der Genuß fortgesetzt und so den Schädigungen aller Art

Tür und Tor geöffnet. Die schließliche Wirkung auch des mittels Bier und Wein genossenen Alkohols ist eben eine lähmende, die den Blutkreislauf stört. Magen und Darmstörungen machen sich geltend, Nierenerkrankungen, Leberfunktionsstörungen und Herzverfaltungen usw. treten ein; häufig genug wird das ganze Nervensystem zerrüttet.

Da beim Bier- und Weintrinken der Schaden nicht in der brutalen Form der Trunksucht sich äußert, sondern meist durch Störungen der inneren Organe, wird eben diese Seite des Alkoholgenusses weniger kritisch gewürdigt. Durch den „harmlosen“ Genuß dieser alkoholischen Getränke mag oft genug der Herd für langwierige Krankheiten bereitet sein. Für den Arbeiter, der durch die Ueberanstrengung bei der Arbeit und die heutige Unterernährung geschwächt ist, wird der Alkoholgenuß besonders zu einer Gefahr. Gewiß hat der Alkohol eine momentan aufpeitschende Wirkung; er enthält und erzeugt aber keine Kraft. Weit entfernt Kampfeslust zu erzeugen, stimmt der Alkohol im Gegenteil viel eher behäbig und macht zu frieden. Ja, der Alkoholgenuß täuscht recht oft über die realen Verhältnisse hinweg und hemmt somit die Erkenntnis über das, was ist und was not tut, um aus all den jammervollen Zuständen herauszukommen. Jeder Förderer unserer großen Bewegung sollte darum mit dahin wirken, daß kein Tropfen Schnaps mehr konsumiert wird und der Genuß von Bier und Wein immer mehr zurückgedrängt wird.

Erfreulicherweise werden immer mehr Maßnahmen getroffen, die den Alkoholkonsum wirksam zurückdrängen. So hat u. a. auch die Direktion der Gießstahlfabrik der Firma Krupp jeglichen Alkoholgenuß im Betriebe seit dem 1. November d. J. verboten. In den Kantinen wird jetzt vor allem Milch, neben sonstigen alkoholfreien Getränken, abgegeben. Die Gewerkschaften, die bisher schon die Initiative für die Reformierung auf dem Gebiete des Kantinenwesens ergriffen haben, werden selbstverständlich solche Maßnahmen unterstützen. Durch Bildungsbestrebungen aller Art werden sie die Arbeiterklasse den alten Gewohnheiten entreißen.

Da das Proletariat in seinem Kampfe Fähigkeit, Energie und Lebensfreude braucht, muß es den Alkoholgenuß zurückdrängen und schließlich ihn bößig meiden. Natur und Kunst bieten soviel des Anreizendes, daß sie wirksamer als Stimulus dienen, als die Tropfen von Bacchus und Cambrinus. — Ueberwindung der Gewohnheit ebnet die Wege zur Freiheit! —

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bezirksstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

**Elbschiffern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach** Buerl. Westf. (Dörpinghaus), Delmenhorst (Wagenfabrik Lönjes), Embden, Eisenberg (Eisenwerk), Finsterwalde (Th. Schöbe), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Meibauer u. Gutenberg), Kaiserlautern (Edel), Kleinensbroich, Müllin in Bauenb. (Mabühl, Freese), Mühlhausen i. G., Neu-Zosenburg (Wittich), Paderborn, Nabeberg, Stolp in Rommern, Stuttgart (Montormbelfabrik Oberhard Feber).

**Flavierarbeitern nach** Vorna b. Leipzig, Braunschweig (Beitler u. Winkemann), Heilbronn, Liegnitz, Reib (Jesch), Pianobestandteilfabrik).

**Robeartikelherstellern nach** Neumühlen b. Kiel (Anschütz u. Co.), Zürich (Wiederkehr u. Schneller).

**Stuhlbauern nach** H. v. Solland.

**Korbmachern nach** Heinsfelden in der Schweiz.

**Droschkmachern nach** Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.

**Knopfmachern nach** Frankenhausen.

**Pantinenmachern nach** Kellinghusen.

**Stellmachern und Wagenbauern nach** Delmenhorst.

**Stellmachern nach** Schötmär.

Es ergibt sich aus dieser Zahlenzusammenstellung ein bedeutender Rückgang der Kleinbetriebe, dagegen eine Zunahme fast aller übrigen Größengruppen, mit Ausnahme der Betriebe mit 3-5 Personen, die um ein geringes zurückging. In gleichem Maße, mit nicht erheblichen Unterschieden, ist auch die Personenzahl der größeren Betriebe gestiegen. Der Kleinbetrieb ist noch immer vorherrschend; die Mittel- und Großbetriebe sind zwar an Zahl erheblich, an Umfang nur mäßig gewachsen, aber bislang ist ihnen erst der Übergang zum Opfer gefallen, während der übrige Kleinbetrieb noch ein recht breites Feld behauptet.

Betrachten wir nun die soziale Gliederung in den Gewerbebetrieben. Die Betriebszählung unterscheidet Betriebsleiter (Inhaber), Verwaltungs-, Kontor- und Bureaupersonal, technisches Betriebs- und Aufsichtspersonal, Gehilfen und Arbeiter (einschließlich Lehrlinge), und endlich mithelfende Familienangehörige. In diesen fünf Gruppen verteilt sich die Gesamtzahl der 14 485 022 Betriebsstätten der drei Gewerbeabteilungen wie folgt:

	Gärtner- u. Tierzucht	Industrie, Bergbau u. Baugewerbe	Handel und Verkehr, Gast- und Schenkwirtschaft	Insgesamt
Betriebsleiter	30 470	1 985 630	985 720	2 970 820
Eigentümer	6 797	20 171	30 792	68 760
Sonstige Leiter	834	33 635	47 109	81 588
Verwaltungs-, Kontor- u. Bureaupersonal	1 160	322 612	346 638	672 305
Technisches u. Aufsichtspersonal	2 204	292 203	78 068	367 575
Gehilfen, Lehrlinge u. Arbeiter	81 105	7 050 418	1 325 206	9 356 729
Mithelf. Familienangehörige	22 592	298 204	614 810	935 246
Insgesamt 1907	154 111	10 852 878	3 428 088	14 485 022
" 1895	108 128	8 000 503	2 185 868	8 544 018

Die Gesamtzahl der Betriebsleiter beträgt danach 3 116 177 (1905: 2 048 821), der kaufmännischen Angestellten 672 305 (320 147), der technischen Angestellten 367 575 (119 707), der Arbeiter 9 356 729 (6 474 727) und der mithelfenden Familienangehörigen 935 246 (306 777). Von je 100 Betriebsstätten waren:

Betriebsleiter	1895	1907
Kaufmännisches Personal	3,8	4,6
Technisches Personal	1,4	2,5
Arbeiter	55,7	65,0
Helf. Angehörige	4,6	6,4

Diese Ziffern geben dem Leser erst das richtige Verständnis für die seit der vorigen Betriebszählung eingetretenen kolossalen Verschiebungen. Der Anteil der Betriebsleiter ist um 13 Proz. zurückgegangen, der Anteil der Arbeiter um 9,3 Proz. gestiegen. Vermehrt hat sich auch der Anteil des kaufmännischen und technischen Personals um 0,8 und 1,1 Proz. und der mithelfenden Angehörigen um 1,8 Proz.

Sehen wir weiter zu, wie sich dieses Betriebspersonal nach seiner sozialen Gliederung auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilt, so ergibt sich für 1907 das folgende Bild:

Gewerbegruppen	Betriebsleiter	Verwalt.-Pers.		Gehilfen, Arbeiter	Mithelf. Angehörige
		kaufmänn.	techn.		
Gärtnerei	20 818	1 016	1 752	60 290	17 880
Fisch- u. Tierzucht	17 290	144	452	11 815	4 052
Bergbau, Sal.	9 028	13 041	24 215	817 504	2 814
Steine u. Erden	87 055	18 414	18 541	694 540	7 007
Metallverarb.	144 808	28 544	18 785	788 008	12 840
Ind. u. Masch.	90 145	56 088	59 418	908 527	5 854
Chem. Ind.	10 610	13 098	14 180	184 188	440
Lebensmittel	5 884	11 585	4 057	71 014	1 020
Textilind.	182 806	41 000	27 000	857 853	29 551
Papierind.	18 405	10 498	5 072	193 065	3 230
Leberind.	49 080	8 519	3 528	141 085	4 195
Holz- und Schnitzstoffe	191 170	17 054	13 718	526 478	22 639
Nähr- und Genussmittel	268 072	48 890	26 838	766 229	180 010
Werkst.-Gew.	679 481	24 497	11 822	538 965	54 088
Metall-Gew.	122 749	2 839	2 143	114 870	12 388
Baugewerbe	205 219	18 852	50 792	1 278 150	9 581
Holz-Gew.	18 882	18 030	5 808	167 790	2 424
Kunstl. Gew.	12 165	707	672	16 272	802
Handels-Gew.	702 240	272 802	13 110	731 708	648 780
Verf.-Gew.	17 015	40 154	838	4 644	378
Verkehrs-Gew.	78 042	21 356	17 426	274 190	18 754
Gastwirtsch.-Gew.	248 102	5 025	2 618	294 611	258 249
Musik, Schaustell.	24 228	1 198	80 080	20 058	8 849

Auch ohne die einzelnen Betriebsgrößen zu berücksichtigen, ergeben sich aus dieser Tabelle, daß der Kleinbetrieb im Handels-, Versicherungs-, Gastwirtschafts- und Schaustellungsgebiete, im Bekleidungs- und Metallgewerbe sowie in der Fischerei und Tierzucht vorherrschend ist. In diesen Gewerbegruppen ist die Zahl der Betriebsleiter fast ebenso groß, zum Teil sogar noch größer als die der Arbeiter. Außerordentlich groß ist auch die Zahl der im Betriebe mithelfenden Angehörigen der Betriebsleiter im Handels- und Gastwirtschaftsgebiete sowie in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel. Im Bergbau dagegen verhältnißmäßig die Zahl der Betriebsleiter nahezu völlig gegenüber der riesenhaften Arbeiterzahl; auch die Industrien der Steine und Erden, Maschinen und Instrumente und die chemische Industrie zeichnen sich durch ein großes Maß an Arbeitervielzahl aus. In der Holz- und Schnitzstoffindustrie kamen auf je 100 Betriebsstätten:

Betriebsleiter	1895	1907
Kaufmännisches Personal	84,7	24,8
Technisches Personal	1,9	2,2
Arbeiter	62,2	68,3
Helf. Angehörige	1,0	2,9

Die Entwicklung in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hätte also danach mit der allgemeinen Entwicklung in Gärtnerei, Industrie, Handel und Verkehr nicht völlig gleichen Schritt gehalten. Der Anteil der Betriebsleiter, der 1895 wenig über dem Gesamtdurchschnitt stand, hat sich nur um 0,9 Proz. vermindert, der Anteil der Arbeiter ist nur um 0,1 Proz. gestiegen, der des kaufmännischen und technischen Personals um 0,9 bzw. 1 Proz. Wir gehen aber nicht fehl in der Annahme, daß es sich bei einem nicht geringen Teil der Betriebsleiter nicht um wirklich selbständige Unternehmer, sondern um Scheinunternehmer handelt, die teils allein, teils mit 1-2 Hilfskräften im Dienste anderer Unternehmer fronen. Immerhin ist auch hier ein erheblicher Rückgang der Betriebsleiter zu verzeichnen. 1895 wurden noch 208 098 gezählt, die Abnahme beträgt also 10 923. Dagegen hat die Zahl der Arbeiter um 155 808, die des kaufmännischen Personals um 10 017, die des technischen Personals um 8860, die der mithelfenden Familienangehörigen sogar um 10 258 zugenommen. Die letztere Zunahme ist charakteristisch, denn es handelt sich um Familienangehörige der Betriebsleiter; ihre wachsende Mitarbeit, die in der Holz- und Schnitzstoffindustrie nach Lage der Dinge überwiegend nur technischer Natur sein kann, kennzeichnet den proletarisierungsprozess, der demnach weit mehr fortgeschritten ist, als der Rückgang des Anteils der Betriebsleiter kündigt. Die Zunahme des kaufmännischen und technischen Personals gleicht nahezu ihrer allgemeinen Zunahme im Gesamtgebiet der Gewerbeabteilung, und diese Zunahme ist der sicherste Beweis industriell-kommerzieller Entwicklung.

Von Interesse dürfte es noch sein, das Verhältnis des Anteils männlicher und weiblicher Arbeiter bei beiden Zählungen zu untersuchen. Es wurden gezählt in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe:

	1895	1907
Männliche Arbeiter	348 520 = 93,9	488 485 = 92,7
Weibliche	22 505 = 6,1	38 048 = 7,3

Man ersieht aus diesen Ziffern, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter seit 1895 rascher gewachsen ist, als die der männlichen Arbeiter. Der Anteil der Arbeiter hat sich vermindert, der der Arbeiterinnen dagegen vermehrt. Die Verschiebung ist nicht allzu erheblich, denn die Holz- und Schnitzstoffindustrie gehört auch heute noch nicht zu den Gewerbegruppen, die der Frauenarbeit eine breite Basis bieten. Auch heute stellen die weiblichen Arbeiter nur erst den 14. Teil der gesamten Arbeiterschaft dieser Industrie. Aber auch sie kann sich den allgemeinen Entwicklungsgesetzen, die auf einen stärkeren Witterwerb der Frauen hindrängen, nicht völlig entziehen, und wir werden bei der Spezialisierung der Betriebszählungsergebnisse nach Berufsgruppen und Branchen sehen, daß es auch in dieser Industrie typische Frauenarbeitsberufe gibt.

### Soziales.

#### Die Fleischnot vor dem Reichstag.

Der Reichstag hat nach einer langen Sommerpause am 22. November seine Pforten wieder geöffnet und sich, nachdem er am ersten Sitzungstage einige unbedeutende Dinge erledigt hat, sogleich der Frage zugewendet, welche gegenwärtig die Gemüter am lebhaftesten erregt, der Fleischnot. Auf der Tagesordnung standen zwei Interpellationen über den Gegenstand, die in ihrem Wesen so grundverschieden waren, wie die Parteien, die sie eingebracht hatten. Die Sozialdemokraten fragten, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um der Lebensmittelteuerung zu begegnen. Die Konservativen dagegen verlangten zu wissen, ob der Reichskanzler bereit sei zu erklären, daß er das Verlangen der Öffnung der Grenzen für die vermehrte Vieheinfuhr ablehne. Der Reichskanzler selbst ließ sich zwar während der ganzen Dauer der dreitägigen Debatte nicht im Hause blicken; die Volksernährung ist ja auch ein so unwichtiges Thema, daß sich Herr v. Bethmann Hollweg dadurch nicht in seiner Ruhe stören läßt. Aber der Staatssekretär des Innern, Delbrück, gab den Agrariern mit großer Bereitwilligkeit die verlangte Zusicherung, und der neue preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der bei diesem Anlaß zum ersten Male vor das Parlament trat, benutzte die Gelegenheit, zu beweisen, daß er den Anforderungen, welche die Korn- und Fleischwucherer an einen Minister stellen, in vollem Maße entspricht.

Die Lebensmittelteuerung, unter welcher das deutsche Volk leidet, wird, abgesehen vielleicht von den stets „notleidenden Agrariern“, die das Vorhandensein eines Notstandes bestreiten, von allen Bevölkerungsklassen empfunden, und bei der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation konnte der Abgeordnete Emmel darauf hinweisen, daß mit Rücksicht auf die Teuerung nicht nur die Gehälter der Beamten, sondern auch das des Königs von Preußen, letzteres sogar in sehr beträchtlichem Maße, erhöht wurden. Namens der Sozialdemokraten verlangte Emmel die Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel und die Beseitigung aller Beschränkungen der Einfuhr von Vieh und Fleisch. Der konservative Nupp, der die Interpellation seiner Freunde begründete, hatte die Sitten, die Existenz einer Fleischnot zu bestreiten und von einem Fleischnotummel zu sprechen. Daß eine Fleischteuerung besteht, gab er schließlich zu, er führte sie jedoch auf die luxuriöse Ausstattung der Fleischerküchen, die hohen Schlachthausgebühren und die Gewinne der Zwischenhändler zurück, jedenfalls aber verlangt er, daß die Grenzen geschlossen gehalten werden.

Der Staatssekretär Delbrück beehrte sich zu erklären, daß die Regierung den festen Willen hat, den Befehlen der Agrarier Folge zu leisten. Die weitere Öffnung der Grenzen ist ausgeschlossen und von einer auch nur vorübergehenden Ermäßigung der Einfuhrzölle kann keine Rede sein. Auf den gleichen Ton war auch die Rede des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer gestimmt, der den ungetreuten Beifall der Agrarier erntete. Nach der Meinung dieses Ministers ist der Fleischgenuß der Arbeiter ein unerschütterliches Recht, denn es gibt ja noch andere Nahrungsmittel, die billiger sind. Jedenfalls will die Regierung nichts tun, um die bestehende Not zu lindern.

Die Besprechung der Interpellationen zeigte, daß die Regierung sich noch fest auf die agrarische Mehrheit verlassen kann. Die Forderung der Herrschenden kennt keine Rücksicht auf die Not der Massen. Auch das Zentrum, welches so gern mit seiner Arbeiterfreundlichkeit paradiert, kann es sich leisten, gegen jeden Versuch, die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung zu erleichtern, Protest zu erheben. Die schwarzen Herrschaften haben ein großes Vertrauen zu der Dummheit ihrer Wähler, denen sie glauben alles bieten zu dürfen. Ganz unbegründet ist dieses Vertrauen freilich nicht, denn der an der Spitze der christlichen Gewerkschaften stehenden Demagogen ist das Zentrum sicher. Und diese geben sich fortgesetzt Mühe, ihren Anhang als Merkales Stimmvieh zu dressieren. Ob es allerdings auf die Dauer gelingt, die frommen katholischen Arbeiter an die Fäden des Zentrums zu fesseln, wenn dieses fortfährt, seine agrarische Wucherpolitik fortzusetzen, ist keineswegs gewiß. Solche Gedanken dürften auch wohl dem Abgeordneten Trimborn gekommen sein, der die Stadt Köln im Reichstag vertritt. Er verteidigte zwar ebenso wie der erste Redner des Zentrums entschieden den agrarischen Standpunkt seiner Partei, um aber seinen städtischen Wählern etwas Brot um den Mund zu schmecken, erklärte er sich zum Schluß für die Einfuhr von Vieh aus Holland, in der sichereren Erwartung, daß dieser Wunsch nicht erfüllt wird. Der Landwirtschaftsminister beehrte sich denn auch zu erklären, daß er die Einfuhr holländischen Viehes nicht gestatten würde.

Die Debatte, die schließlich in ein Gezänk zwischen dem Führer des Bundes der Landwirte Sahn und dem national-liberalen Bauernbündelführer Wachhorst de Wente ausartete, ließ erkennen, daß in dem Kampf gegen die Lebensmittelteuerung die Sozialdemokraten nur Unterstützung bei den Freisinnigen finden; die anderen Parteien sind mehr oder weniger agrarisch infiziert. Bekanntlich hat es der Reichstag noch nicht so weit gebracht, daß er im Anschluß an Interpellationsdebatten Beschlüsse fassen darf. Aber selbst wenn eine Beschlusfassung möglich gewesen wäre, so hätte diese ergeben, daß die Mehrheit des Reichstages die Politik der Regierung billigt, die darauf abzielt, das Volk auszuhungern, um den Agrariern die Taschen zu füllen.

Wie wenig begründet die von der Regierung und den Agrariern aufgestellte Behauptung ist, daß die Grenz-

sperrern notwendig seien, um das inländische Vieh vor Ver-  
seuchung zu schützen, geht aus einer vom Reichsgesundheits-  
amt herausgegebenen Denkschrift hervor, die während der  
Reichstagsdebatten im Reichstag verteilt wurde. Danach  
wurde nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des zur Ein-  
fuhr bestimmten frischen und zubereiteten Fleisches zurück-  
gewiesen. Wäre das ausländische Vieh wirklich so verseucht,  
wie man es hinzustellen beliebt, dann hätte der Prozentsatz  
des zurückgewiesenen Fleisches viel größer sein müssen.  
Umgekehrt gibt es aber in Deutschland eine große Menge  
kranken Viehes. Am Ende des Jahres 1908 z. B. auf je  
1000 Minder im Reich durchschnittlich 208,81 an Tuberkulose  
erkrankte. In einzelnen Landesteilen, besonders in solchen,  
die sich durch starke Viehzucht auszeichnen, war das Ver-  
hältnis noch schlimmer; so kamen auf 1000 Stück Rindvieh  
in Mecklenburg-Schwerin 335,84, in Schleswig-Holstein gar  
398,07 tuberkulöse Erkrankungen. Bei solchen Verhält-  
nissen ist es wenig berechtigt, von dem gesunden deutschen  
Viehstand zu sprechen, der durch die Einfuhr aus dem Aus-  
land bedroht werden könnte.

Eine zweite Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes be-  
handelt den Einfluß der Fleischherzeugung auf die Volks-  
ernährung. Aus dieser Denkschrift ergibt sich, daß der  
durchschnittliche Fleischverbrauch in Deutschland äußerst  
niedrig ist. Während der Jahresverbrauch in Australien  
auf durchschnittlich 111,6 Kilo geschätzt wird, kommt in den  
Vereinigten Staaten auf den Kopf ein Jahresverbrauch  
von 54,4, in Großbritannien 47,6, in Schweden und Nor-  
wegen 30,6, in Frankreich 33,8, in Deutschland aber nur  
31,0 Kilo Fleisch. In dieser Reihe steht also Deutschland  
an letzter Stelle, und die gegenwärtige Fleischsteuerung, von  
welcher das Amt sagt, daß sie „wohl durch eine Reihe teils  
vorübergehender, teils dauernd wirkender Umstände ver-  
ursacht“ ist, hat jedenfalls zur Folge gehabt, daß die durch-  
schnittliche Jahresration noch erheblich zurückgegangen ist.  
Eine Regierung, die an der Gesunderhaltung des Volkes  
etwas gelegen ist, müßte alle geeigneten Maßnahmen er-  
greifen, um den Fleischkonsum zu heben. In Preußen  
Deutschland verfolgt aber die Regierung ganz andere Ziele,  
und so kann der Landwirtschaftsminister unter dem Beifall  
der Agrarier des hungernden Volkes spotten, indem er  
ihm den guten Rat gibt, auf den Fleischgenuß zu verzichten,  
wenn es ihn nicht erschwingen könne. — Noch können es  
sich die Herrschenden erlauben, das Volk für seine Dumm-  
heit in dieser Weise zu verhöhnen, aber je größer der Ueber-  
mut der Wucherer, desto näher sind sie ihrem Fall.

Der Deutsche Kaiser als Förderer des Schnapsbottels.  
Es ist nachgerade bekannt, daß der Deutsche Kaiser selten  
eine Gelegenheit vorbeigehen läßt, ohne von seiner  
Mederngabe in einer Weise Gebrauch zu machen, die selbst  
bei seinen eifrigsten Bewunderern mehr oder weniger starke  
Beklemmungen auslöst. So hat er auch am 21. November  
gelegentlich der Einweihung der Marineoffizierschule in Würz-  
burg an die zukünftigen Marineoffiziere eine Rede gehalten,  
die wegen ihres Hinweises auf den nächsten Krieg an vielen  
Stellen als anstößig empfunden wurde. Auffällig aber ist  
im Hinblick sowohl auf die Person des Redners als auch  
auf seines Auditoriums die in der Rede enthaltene dringende  
Empfehlung der Enthaltensamkeit vom Alkohol.  
Das Offizierskorps stand bisher nicht gerade in dem Ruf,  
eine Pfelegestätte der Abstinenz zu sein, und den Herren,  
denen jeder Wunsch des Kaisers ein Befehl ist, dürfte es  
wohl recht schwer fallen, der Empfehlung ihres obersten  
Kriegsherrn Folge zu leisten.

Noch empfindlicher dürften sich die Schnapsbrennenden  
Kunter von der Empfehlung der Abstinenz durch Wil-  
helm II. getroffen fühlen. Müssen sie doch die Würdiger  
Rede als eine Beleidigung ihrer „heiligsten Güter“  
empfinden. Das Echo aus dem Munde der „Erbarter  
Seiner Majestät“ wird wohl nicht lange auf sich warten  
lassen. Wir Arbeiter können aber die Unterstützung im  
Kampfe gegen den Alkohol, trotz der Stelle, von der sie  
kommt, nur auf das lebhafteste begrüßen. Dem Deutschen  
Kaiser hat es gewiß ferngelegen, dem sozialdemokratischen  
Schnapsbottel seine Unterstützung zu leihen, aber bei dem  
weitreichenden Einfluß, den sein Wort hat, kommt seine  
Rede auf diesen Effekt heraus. Wir können nur lebhaft  
wünschen, daß die Kreise, für die ein Kaiserwort ein Evan-  
gelium bedeutet, den in der letzten Rede gegebenen Rat be-  
folgen, um so gründlicher läßt sich das Ziel erreichen,  
welches wir mit dem Schnapsbottel verfolgen. Die  
deutsche Arbeiterpartei hat selten Gelegenheit, des Deutschen  
Kaisers in Dankbarkeit zu gedenken. Mit um so größerer  
Genehmigung begrüßen wir ihn als Bundesgenossen im  
Kampfe gegen den Alkohol.

Konsumvereine und Produktivgenossenschaften. Vor-  
stand und Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher  
Konsumvereine veröffentlichen in der „Konsumgenossen-  
schaftlichen Rundschau“ die nachstehende, für das Verhält-  
nis der Konsumvereine zu den Produktivgenossenschaften  
sehr bezeichnende Bekanntmachung:

„Auf Grund verschiedener Vorkommnisse erscheint es  
wünschenswert, auf die vom diesjährigen Genossenschafts-  
tag in München beschlossene Resolution, die Errichtung von  
industriellen Arbeitsgenossenschaften betreffend, hinzu-  
weisen. In dieser heißt es, daß Arbeiterproduktivgenossen-  
schaften, die ohne Einverständnis mit dem Vorstande des  
Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Groß-  
einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie der zu-  
ständigen Gewerkschaftsleitung gegründet werden, lediglich  
als Privatunternehmungen zu erachten sind und keinen  
Anspruch auf Geschäftsverbindung mit den Konsumvereinen  
des Zentralverbandes erheben können. Die Großein-  
kaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die ein-  
zelnen Genossenschaften haben sich verpflichtet, nur dann,  
wenn dieses Einverständnis vorhanden ist, mit neuerlich  
teten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Verbindung  
zu treten; ebenso haben sich die Vorstände der Revisions-  
verbände verpflichtet, nur unter dieser Voraussetzung neu-  
errichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften aufzunehmen.

Trotz dieses Beschlusses werden beständig neue Pro-  
duktivgenossenschaften errichtet, die nicht daran denken, die  
vorherige Zustimmung der Zeitung unseres Zentralver-  
bandes, der Großeinkaufsgesellschaft und der zuständigen  
Gewerkschaften einzuholen, die aber trotzdem auf die Rund-  
schau der Konsumvereine spekulieren und diesen die Tür  
einlaufen. Wir erziehen daher, auf Grund des Münchner  
Beschlusses, unsere Verbände dringend, nur solchen  
Produktivgenossenschaften Aufträge zu geben, die von der  
Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine als Diefe-  
ranten zugelassen und von einem unserer Revisionsver-  
bände als Mitglied aufgenommen worden sind. Allen  
anderen Produktivgenossenschaften ist jede Geschäftsver-  
bindung grundsätzlich zu verweigern, wenn wir nicht helfen  
wollen, das Uebel der Lebens- und leistungsunfähigen Pro-  
duktivgenossenschaften, die den Konsumvereinen an den  
Hockschößen hängen, immer mehr zu vergrößern und da-  
durch auch der Konsumgenossenschaftsbewegung selbst nicht  
geringen Schäden zuzufügen.

Gerade in diesen Tagen finden sich wieder in der ar-  
beiterfeindlichen Presse alberne Bemerkungen über die ge-  
nossenschaftliche, gewerkschaftliche und politische Arbeiter-  
bewegung, die ihren Ausgangspunkt vom Zusammenbruch  
einer Tischlergenossenschaft in Schwabingen nehmen. Man  
ersieht daraus, wie die Scharfmacherpresse den Mißerfolg  
solcher Genossenschaften beurteilt. Es liegt durchaus im  
Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung, daß unvor-  
sichtige Gründungen vermieden werden, und die Konsum-  
genossenschaften erwerben sich ein Verdienst, wenn sie dieses  
erreichen. Deshalb sollten auch die lokalen Instanzen der  
Arbeiterbewegung geplante Gründungen von Produktiv-  
genossenschaften nur gutheißen und unterstützen, wenn die  
gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Zentralkomitees  
sie gebilligt haben.

„Wohlfahrts-Einrichtungen“. Erfreulicherweise bricht sich  
in den Kreisen der Arbeiter immer mehr die Erkenntnis  
Bahn, daß die vielgerühmten Wohlfahrts-Einrichtungen der  
Unternehmer, die Arbeiterwohnungen, die Pensionen, Spar-  
und sonstigen Kassen-Einrichtungen im Grunde nur dem  
Unternehmer zum Vorteil gereichen. Ihm sichern sie einen  
Stamm billiger und zufriedener Arbeiter, während diese  
durch solche „Wohlfahrts-Einrichtungen“ in jeder Weise in  
ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und an der Besserung  
ihrer Wirtschaftslage gehindert werden. Daß aber solche  
„Wohlfahrts-Einrichtungen“ den Arbeitern auch direkte Ver-  
luste bringen, zeigt ein Vorfall in Seiffenriedorf in Sach-  
sen, wo kürzlich eine große Weberlei in Konkurs geraten ist.  
Nurlich des 50jährigen Bestehens dieser Fabrik, vor etwa  
18 Jahren, hat der damalige Besitzer 50 000 Mk. gestiftet.  
Aus dieser Stiftung sollte den Arbeitern nach 10jähriger  
Beschäftigung ein Zuschuß zum Lohn und nach 30jähriger  
Beschäftigung sogar eine Pension gezahlt werden. Der  
Fabrikant ist sicherlich damals für seine „hochherzige Stif-  
tung“ überschwänglich gefeiert worden. Aber die Geschichte  
hat ihm nicht viel gekostet, denn das Stiftungskapital blieb  
im Geschäft stecken. Ebenso wurde das Geld der Fabrik-  
sparkasse im Betrieb vermenet. Um dem Unternehmer  
eine Freude zu bereiten, haben sich die jämmerlich entloh-  
nen Arbeiter und Arbeiterinnen immer noch einige Pfennige  
abgedarbt und sie in der Fabriksparkasse angelegt. Nun,  
wo die Fabrik in Konkurs geraten ist, ist nicht nur die „hoch-  
herzige Stiftung“ zum Lausel, sondern auch die Sparpfen-  
nige der Arbeiterpartei. Das Geld steckt in der Konkurs-  
masse und für die Arbeiter wird davon nicht viel abfallen.  
Dafür sind sie um eine Erfahrung reicher. Sie werden  
künftig die „Wohltätigkeit“ der Unternehmer mit kritischeren  
Augen betrachten.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Zu Neujahr 1911 werden sämtliche alten Beitrags-  
marken eingezogen und dafür neue Marken aus-  
gegeben, worauf wir die Zahlstellenassistenten sowohl als  
auch alle Verbandsmitglieder schon heute aufmerksam  
machen. Den Mitgliedern empfehlen wir dringend, dafür  
zu sorgen, daß sie am Jahres-schluss mit der  
Beitragszahlung auf dem Laufenden sind.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs-  
nummer ist der 49. Wochenbeitrag für das  
Jahr 1910 fällig geworden.

Mitglieder ausländischer Holzarbeiterverbände,  
welche in Deutschland in Arbeit treten, haben innerhalb  
6 Wochen ihren Uebertritt in den Deutschen Holz-  
arbeiterverband zu vollziehen. Die Lokalverwaltungen  
werden hierdurch ersucht, fortan die ausländischen Mitglieds-  
bücher der Betroffenen zur Umschreibung an die  
Hauptkassenzentrale einzusenden. In den Zahlstellen selbst  
dürfen an übertretende ausländische Mitglieder neue Mit-  
gliedsbücher fortan nicht mehr ausgestellt werden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren  
gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:  
143571 Otto Eccarius, Tischler, geb. 1. 2. 62 zu Berlin.  
200048 Wilhelm Hempel, Stellmacher, geb. 4. 3. 59 zu  
Stonsdorf.

- 221001 Franz Nowak, Tischler, geb. 3. 12. 57 zu Brauna.
- 225290 Georg Lindner, Polierer, geb. 30. 7. 84 zu Berlin.
- 225565 Robert Wunsch, Polierer, geb. 25. 4. 55 zu Berlin.
- 298982 Willy Klob, Drechsler, geb. 10. 2. 89 zu Schmölln.
- 383338 Richard Krause, Klavierarbeiter, geb. 14. 10. 87 zu  
Berlin.
- 415843 Ludwig Thron, Tischler, geb. 25. 3. 81 zu Düsseldorf.
- 470035 Carl Graf, Tischler, geb. 11. 9. 84 zu Staffelde.
- 492343 E. Hunemann, Tischler, geb. 14. 8. 82 zu Hannover.
- 498578 Adolf Schwitala, Tischler, geb. 28. 5. 75 zu Mathe.
- 500444 Georg Leumes, Tischler, geb. 28. 11. 78 zu Oden-  
titzchen.
- 505902 Max Hänel, Stodarbeiter, geb. 25. 4. 02 zu Nixdorf.
- 505982 Reinhold Nemo, Stellmacher, geb. 13. 5. 83 zu  
Leipzig.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung der Gauvorstände.

von Hannover.

Den Zahlstellenverwaltungen und Mitgliedern zur  
Kenntnis, daß das Bureau des Gauvorstandes seit 23. No-  
vember nach Nikolaistraße 7 verlegt worden ist. Die  
Adresse lautet jetzt:

F. r. Woltmann, Hannover, Nikolaistr. 7,  
Zimmer 9.

Die Telephonnummer bleibt wie seither Nr. 5848.

Der Gauvorstand. F. r. Woltmann.

### Korrespondenzen.

Berlin. (Modellischler.) In der letzten Zeit  
hatten wir Verhandlungen mit dem „Verein der Berliner  
Modellischlermeister“ zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.  
Die beiderseitigen Kommissionen einigten sich auf einen  
Entwurf, der in der Hauptsache folgendes enthielt: Die  
5 1/2stündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Es wird im allge-  
meinen nur im Lohn gearbeitet. Der Mindestlohn für über  
21 Jahre alte Kollegen beträgt 75 Pf. Tüchtigere Arbeiter  
erhalten ihren Leistungen entsprechend einen höheren Lohn.  
Bei Stellenwechsel muß der alte Lohn bezahlt werden. Der  
Stundenlohn wird am 1. Oktober diesen und nächsten  
Jahres um je 2 Pf. erhöht. Beide Parteien benutzen den  
paritätischen Arbeitsnachweis. Sind nicht genügend Ar-  
beitskräfte vorhanden, so erfolgt die Heranziehung solcher  
von auswärts durch den Arbeitsnachweis oder die Ob-  
männer der Schlichtungskommission. Unsere Kollegen  
stimmten dem Entwurf zu. Die Unternehmer wünschten  
noch, daß in dringenden Fällen Ueberstunden gemacht wer-  
den, aber so, daß pro Woche nicht mehr als 51 Stunden  
gearbeitet wird. Außerdem sollte der Satz über die Heran-  
ziehung von Arbeitskräften gestrichen werden. Am Mon-  
tag, den 5. Dezember, sollen nun unsere Kollegen in einer  
Branchenversammlung, die im „Rosenhaller Hof“, Rosen-  
thaler Straße 11/12, stattfindet, zu den Abänderungs-  
anträgen Stellung nehmen. Wir erwarten, daß alle Kol-  
legen aus Modell- und Maschinenfabriken in der Versam-  
lung erscheinen. Mitteilen müssen wir noch, daß hier  
ständig 30-40 Kollegen arbeitslos sind. Arbeit darf nur  
durch den paritätischen Arbeitsnachweis; Gormannstr. 13,  
angenommen werden.

Dachau. Am 20. November hatten wir endlich wieder  
einmal eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege  
Deininger aus München sprach über: „Wissenswertes aus  
dem Unfallversicherungsgesetz“, wobei er allseitiges Inter-  
esse erweckte. Die Mitglieder sollten sich zur Pflicht  
machen, alle Versammlungen bereitwillig zu besuchen,  
dann wird es auch möglich sein, die Zusammenkünfte inter-  
essant zu gestalten.

Kottbus. Unsere Zahlstelle, welche jahrelang zu den  
vorwärtsstrebenden gehörte, hat jetzt recht trübe Zeiten  
durchzumachen. Die große Bautischlerei von S. Mittag  
hat ihre Pforten geschlossen, und die entlassenen Kollegen  
können sehen, wo sie bleiben. Es ist daher verständlich, daß  
wir, trotzdem eine verhältnismäßig gute Konjunktur vor-  
herrscht, recht sehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben.  
Man muß bedenken, daß in genanntem Betriebe fast aus-  
schließlich verheiratete Kollegen beschäftigt waren, denen es  
nicht so leicht fällt, ihr Bündel auf den Rücken zu nehmen  
und in die Welt hinaus zu wandern. Grundverleht wäre  
es aber für die Kollegen, welche nunmehr in eine gewisse  
Notlage geraten sind, wenn sie den Kopf hängen ließen.  
Kollegen! Noch haben wir eine Organisation, welche uns  
bisher von Sieg zu Sieg geführt hat. Haltet treu zu der-  
selben, ja, arbeitet mit daran, daß die uns noch nicht ge-  
hörnden Kollegen baldigst in unsere Reihen mit eintreten.  
Die auswärtigen Kollegen aber bitten wir, sich bei Bedarf  
von Arbeitskräften unserer zu erinnern.

### Sterbefälle.

- Jean Kamp, Rahmenmacher, 35 Jahre alt, gest.  
12. Oktober 1910 zu Offenbach a. M. (Lungenentzün-  
dung).
- Josef Blocher, Maschinenarbeiter, 58 Jahre alt,  
gest. 5. November 1910 zu Stuttgart (Schlaganfall).
- Karl Lorenz, Tischler, 23 Jahre alt, gest. 20. Okto-  
ber 1910 zu Kiel.
- Konrad Wegl, Tischler, 45 Jahre alt, gest. 8. No-  
vember 1910 zu Dachau (Lungenleiden).
- Sebastian Schupp, Säger, 40 Jahre alt, gest.  
8. November 1910 zu Dachau (Lufsal).
- Gustav Diener, 36 Jahre alt, gest. 6. November  
1910 zu Döbeln (Kehlkopfkrebs).
- Karl Brott, Holzarbeiter, 65 Jahre alt, gest.  
6. November 1910 zu Bromberg (Kehlkopfleiden).
- Otto Wagner, Tischler, 37 Jahre alt, gest. 8. Okto-  
ber 1910 zu Eisenberg (Schlaganfall).
- W. Niekman, Tischler, 44 Jahre alt, gest. 28. Okto-  
ber 1910 zu Sünaburg (Schwindel).
- Christian Oppelt, Drechsler, 38 Jahre alt, gest.  
2. November 1910 zu Nürnberg (Selbstmord).
- Gustav Furfert, Korbmacher, 47 Jahre alt, gest.  
27. Oktober 1910 zu Wuben.
- Theodor Brunke, Tischler, 50 Jahre alt, gest.  
13. November 1910 zu Draunschweig (Lungen tuber-  
kulose).
- Karl Brix, Stellmacher, 48 Jahre alt, gest. 1. No-  
vember 1910 zu Dortmund.
- Ernst Hoffmann, 52 Jahre alt, gest. 16. Novem-  
ber 1910 zu Schönebeck a. E. (Lungenentzündung).
- Anton Köhler, 70 Jahre alt, gest. 11. November  
1910 zu Mühlheim a. Ruhr.
- Karl Müllinger, Tischler, 34 Jahre alt, gest.  
7. November 1910 zu Wamburg (Folgen einer Operation).
- Casper Vogt, 52 Jahre alt, gest. 12. November 1910  
zu Wünder.
- Vernhard Besewitz, Stuhlbauer, 38 Jahre alt,  
gest. 8. November 1910 zu Geringswalde.
- Erich Damerow, Tischler, 25 Jahre alt, gest.  
28. September 1910 zu Stargard i. Pom.
- Max Hessel, Tischler, 81 Jahre alt, gest. 24. No-  
vember 1910 zu Leipzig.
- Christoph Langendorf, Tischler, 71 Jahre alt,  
gest. 25. November 1910 zu Leipzig.

Karl Kappes, Partellener, 42 Jahre alt, gest. 7. November 1910 zu Frankfurt a. M. (Schwindstich). Wilhelm Schäffler, Schreiner, 54 Jahre alt, gest. 20. November 1910 zu Weilbronn a. N. (Herzschwäche).

Ehre ihrem Andenken Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Auerbach i. V. ist der Streik in der Möbelfabrik von Seidel erfolgreich beendet worden. Die Sperre über den Betrieb ist somit aufgehoben. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß das Umschauen in Auerbach streng verboten ist. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Bönsch im Konsum, Mainstraße.

In Worna wird der Streik in der Pianofortefabrik von G. Seyl und der Harmoniumfabrik von Lindholm unüberändert weitergeführt. Die Unternehmer lehnen es immer noch ab, mit der Organisation zu verhandeln. Zugang ist auch weiterhin streng fernzuhalten.

In Braunschweig wird der Streik in der Klavierfabrik von Zeitter u. Winkelmann mit äußerster Hartnäckigkeit weitergeführt. Nachdem die Firma drei Wochen lang ihre Hoffnung auf den Streikbrecheragenten Kothe in Hamburg, Mostoder Straße, einem ehemaligen Kamulus der in gleichem Genre bekannten Frau Auguste Müller in Wandsbek, der sich seine Spuren im Delmenhorster Streik verdient — gesetzt hatte, aber durch die zehn gelieferten arbeitswütigen Gesellen wohl mehr wie enttäuscht gewesen sein mag, verläßt sie es jetzt auf eigene Faust mit Arbeitswilligenzugesuchen. In Dutzenden bürgerlicher Blätter erklärt sie Inferate, denen sie als Lockspeise gleich die Verdienste anfügt, die in jeder Branche verdient werden können. Wie diese Angaben zu beurteilen sind, beweist am besten der Streik, obgleich ja für diesen noch ein anderer Grund in Frage kam: die einige Unsicherheit in bezug auf die Arbeitsbedingungen. Aber in bezug auf die Stellung zur Firma haben noch viel objektiverer Beurteiler ein Paar in diesen Angaben gefunden, nämlich die werten Streikbrecher selber. Als ihnen am 18. November angeklagt wurde, daß nach einer Woche ihre Qualifikation als Streikbrecher aufhöre und sie alsdann der Fabrikordnung unterstellt wären und danach in Afford zu arbeiten hätten, da hatten bis 25. November bei sieben von ihnen die Ansüchtigen auf den enormen Verdienst die Streikbrecherstandhaftigkeit besiegt. Darin ließen sie sich selbst durch das Versprechen, alsdann noch weiter in Lohn arbeiten zu können, nicht mehr bekehren, sondern rückten aus, während die anderen vier sich nochmals löblich ließen. Hier heißt es wirklich, beide Teile sind sich in ihren Meiden und Laten gleich, was jeder Kollege zu beherzigen gebeten wird. Für Klavierarbeiter aller Branchen ist der Zugang nach Braunschweig strengstens gesperrt.

In Halle a. S. haben die Modelltischler in einigen Maschinenfabriken einen schönen Erfolg errungen. Es handelte sich hierbei eigentlich um eine Bewegung des Metallarbeiterverbandes, die auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung gerichtet war. Bei den Firmen Weise u. Manski und Wegelin u. Hübner war seitens des Metallarbeiterverbandes die Arbeitseinstellung beschlossen. Diese wurde jedoch in der ersten genannten Firma verhindert, da von den Metallarbeitern die angebotene Arbeitszeitverkürzung auf 1/2 Stunden mit Lohnausgleich akzeptiert wurde. Bei Wegelin u. Hübner wurde jedoch die Arbeit eingestellt, da ein Versuch, neben der Arbeitszeitverkürzung auch eine Lohnhöhung herauszuholen, misslungen war. Am selben Tage beschlossen jedoch die Metallarbeiter auch dieses Betriebes die Wiederaufnahme der Arbeit unter Annahme der angebotenen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. In dieser Bewegung waren auch eine größere Anzahl Modelltischler beteiligt, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Sie hatten sich den Beschlüssen der Metallarbeiter gesügt, ohne an den vorausgegangenen Beratungen teilzunehmen, weil die Metallarbeiter Wert darauf legten, die Bewegung allein zu führen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit bei Wegelin u. Hübner, ohne weitere Zugeständnisse erlangt zu haben, als schon vor der Arbeitseinstellung gemacht waren, gaben sie sich jedoch nicht zufrieden, zumal die Löhne in diesem Betrieb besonders niedrig waren. Da sie auch durch die seitens des Metallarbeiterverbandes getroffenen Abmachungen nicht gebunden waren, verharrten, als die Metallarbeiter am 13. November die Arbeit wieder aufnahmen, die Modelltischler im Ausstand. Damit erreichten sie nach mehrmaligen Verhandlungen zu den bereits erlangten Zugeständnissen eine Lohnhöhung, die für Löhne unter 40 Pf. 4 Pf., für höhere Löhne 2 Pf. die Stunde beträgt. — Es ist nicht unmöglich, daß der gleiche Erfolg für den gesamten Betrieb zu erzielen gewesen wäre, doch ist unseren Kollegen aus ihrem Vorgehen ein Vorwurf nicht zu machen, denn an ihnen lag es nicht, daß es nicht zu gemeinsamen Beratungen der Vertreter der beteiligten Organisationen kam.

In Weilbronn dauert der Ausstand bei der Pianofortefabrik C. F. Glaz u. Comp. unüberändert fort. Angebahnte Verhandlungen sind von der Firma in brüster Weise abgelehnt worden. Die Firma sucht in diesen Zeitungen der engeren und weiteren Umgebung Arbeiter, welche dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören. Sie stellt auch unseren Kollegen die Bedingung, aus dem Verbands auszutreten, wenn sie wieder arbeiten wollen. Die Firma glaubt in unsere Reihen Uneinigkeit bringen zu können u. a. dadurch, daß sie auf dem Gewerbegericht 12 Kollegen mit Namen angab, die sofort wieder anfangen können. Diese sollen aber lässlich eine Ueberstunde ohne Extrazuschlag machen, bis die anderen nach und nach wieder eingestellt werden, natürlich ohne etwas zu bewilligen. Sechs bis acht von den 30 Ausständigen sollen überhaupt nicht wieder eingestellt werden. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, falls ihnen Arbeiterzugesuche für diese Firma in Zeitungen ihrer Gegend zu Gesicht kommen, sofort Gegeninserate zu erlassen oder uns zu berichten. Wir bitten die Kollegen, den Zugang von sämtlichen Branchen der Klavierarbeit sowie Bildhauer und Maschinenarbeiter fernzuhalten.

In Mülhausen i. El. hat sich im Stand des Streiks nicht viel geändert. Trotz aller möglichen Anlässe gelangt es den Unternehmern nicht, Arbeitswillige herbeizuziehen, ebensowenig vermögen sie auch nur einen Teil ihrer Arbeiter zu bewältigen. Es wird also nur eine Frage der Zeit sein, daß sie zum Nachgeben gezwungen werden. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

In Mülhausen i. Thür. ist es in der Stuhlfabrik von Weigelt u. Seifert zu Differenzen gekommen. Nach der Lohnbewegung im letzten Sommer haben sich die Kollegen zur Uebernahme von Affordarbeit bereit erklärt, falls ihnen der frühere Lohn gestichert würde. Nun sind aber die Affordsätze so niedrig bemessen, daß die Kollegen in den meisten Fällen mit einem Defizit abschneiden. Afforde von 1 M., 1.50 M. 2 und 3 M. sind keine Seltenheit. Neuerdings wurde nun den Kollegen eine Fabrikordnung zur Unterschrift vorgelegt, in welcher sie ihr Einverständnis damit erklären sollten, daß das Defizit bei jeder Lohnzahlung abgezogen werde. Als die Unterschrift derweilert wurde, wurde den Kollegen gekündigt.

In Saarbrücken, Drebach und Louissenthal ist der Streik der Schreiner und Maschinenarbeiter nach neunwöchentlicher Dauer beendet. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Arbeitszeit sofort um eine Stunde und am 1. April 1912 um eine weitere Stunde verkürzt wird. Die Stundenlöhne werden während der Vertragsdauer um 8 Pfennig erhöht. Der Durchschnittslohn wurde mit 52 Pf. und der Mindestlohn mit 45 Pf. normiert. Für die ersten zwei Ueberstunden erfolgt ein Zuschlag von 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde. Außerdem wurde die Affordarbeit, Bauzulage usw. geregelt.

Alle unorganisierten Holzarbeiter müssen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband zugeführt werden! :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus der Holzindustrie. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1909.

Nach dem kürzlich erschienenen Verwaltungsbericht hat sich die Zahl der zur Genossenschaft gehörigen Betriebe gegenüber dem Vorjahre um 514 vermehrt, dagegen hat sich die Zahl der versicherten Vollarbeiter um 1392 vermindert. Die Genossenschaft umfaßte im Jahre 1909 insgesamt 10584 Betriebe mit 48921 Vollarbeitern (à 800 Arbeitstage). Die anrechnungsfähigen Löhne betragen 47074418 Mark. Auf den Vollarbeiter kommt somit im Durchschnitt ein Jahresarbeitsverdienst von 1008 M., gegen 978 M. im Jahre 1908. Im Berichtsjahr wurden 2063 (im Jahre 1908 2052) Unfälle angemeldet, aber nur 668 (766) wurden als entschädigungspflichtig anerkannt. Das bedeutet, daß sich die Unfallhäufigkeit vermehrt hat, und zwar von 42,47 pro Tausend Vollarbeiter auf 48,96 pro Tausend. Dagegen kommen von den entschädigungspflichtigen Unfällen nur 14,23 auf 1000 Vollarbeiter gegen 15,85 im Vorjahr. Diese Verhältniszahl geht von Jahr zu Jahr zurück. Ob das darauf zurückzuführen ist, daß die Unfälle minder schwer werden, oder ob die Berufsgenossenschaft eine größere Rigorosität bei der Anerkennung der Entschädigungspflicht an den Tag legt, mag dahingestellt bleiben. Beachtenswert ist, daß sich unter den Verletzten, die eine Entschädigung erhielten, 30 jugendliche Personen unter 16 Jahren befanden. Töblich verletzt wurden 19 Personen. Als dauernd völlig erwerbsunfähig wurde wieder keiner der Verletzten befunden. Es scheint, als ob diese Unfallfolge von der Berufsgenossenschaft gar nicht mehr anerkannt wird.

An Unfallentschädigungen hat die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahre 808 616,89 M. ausgegeben, gegen 718 733,76 M. im Vorjahr. Der Löwenanteil dieser Summe entfällt natürlich auf die Rente an Verletzte, für welchen Posten 590 901,81 (im Vorjahr 590 801,12 M.) in Rechnung gestellt ist. Eine auffällige Steigerung hat die Kapitalabfindung an Inländer erfahren. Während im Jahre 1908 120 Verletzte mit 41 836,80 M. abgefunden wurden, erhielten im Berichtsjahre 547 Verletzte insgesamt 219 095 M. Auf den einzelnen entfällt somit im Durchschnitt 402,36 M. Vor dem Reichsversicherungsamt wurden aus dem Gebiet der Genossenschaft 176 Rekurse anhängig gemacht, zu welchen noch 93 unerledigte Rekurse aus dem Vorjahre kommen. Erledigt wurden hiervon 174 Rekurse. Die Mehrzahl der Rekurse war vom Genossenschaftsvorstand eingelegt, der dieses Rechtsmittel in 177 Fällen ergriffen hatte, während von den Verletzten in 71 Fällen Rekurs eingelegt war. Wie gewöhnlich hatte der Genossenschaftsvorstand auch diesmal wieder mehr Glück vor dem Reichsversicherungsamt als die Verletzten. Zwar wurden 50 seiner Rekurse zurückgewiesen gegen 40 der Verletzten, dafür hatte er aber in 53 Fällen vollen Erfolg, während dieses Ergebnis bei den Rekursen der Verletzten nur in fünf Fällen erzielt wurde.

Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten, der in einem besonderen Heft gegeben wird, enthält auch diesmal wieder eine Menge interessanter Material. Das trifft insbesondere auf den Bericht zu, der von dem Aufsichtsbeamten der Sektion I (Württemberg und Hohenzollern) erstattet wird und allein die größere Hälfte des Berichtsheftes in Anspruch nimmt. Anerkennenswert und vorbildlich sind die Bemühungen der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft für die Einführung der runden

Messermelle. Hat schon der von der Berufsgenossenschaft gewährte Rabatt für die Einführung der runden Messermelle deren Verbreitung wesentlich gefördert, so wird jetzt gegen die Unternehmer, welche diese notwendige Schutzvorrichtung noch nicht eingeführt haben, mit Zwangsmitteln vorgegangen. Bei den in Betracht kommenden Bundesregierungen, an welche sich der Genossenschaftsvorstand in dieser Frage gewendet hat, um die Herausgabe entsprechender Erlasse an die Polizeibehörden zu veranlassen, hat sie allerdings nicht überall das nötige Verständnis gefunden. Immerhin macht die Einführung der runden Messermelle solche Fortschritte, daß in abschbarer Zeit Hobelmaschinen mit Viertantmellen im Reich der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft verschwunden sein dürften.

Besondere Aufmerksamkeit verwendet der Aufsichtsbeamte der Sektion I auf die Durchführung des Verbots der Beschäftigung nicht ständiger Maschinenarbeiter an Maschinen. In dieser Beziehung ist ein Fall, der eine Stuttgarter Eichmöbelfabrik betrifft, bemerkenswert. Dort steht, wie das auch in anderen Möbelfabriken vorkommt, im Schreineraal eine Tischkreissäge zur allgemeinen Benutzung. Bezüglich der fraglichen Fabrik wandte sich unsere Verbandszahlstelle an die Berufsgenossenschaft um Abhilfe. Dem wurde entsprochen und dem Unternehmer aufgegeben, entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften einen ständigen Maschinenarbeiter an diese Säge zu stellen. Bei einer späteren Kontrolle stellte sich heraus, daß der Fabrikant wohl besondere Schreiner für die Benutzung der Kreissäge bestimmt und den anderen das Arbeiten an dieser Maschine verboten hatte, daß er aber auf den Wunsch seiner Arbeiter, der ihm wiederum von der Zahlstelle unseres Verbandes übermittelt worden war, den alten Zustand wieder hergestellt habe. Wenn diese Darstellung zutrifft, dann ist das Verhalten unserer Stuttgarter Verbandszahlstelle in der Angelegenheit zum mindesten eigenartig. Uebrigens besteht die Berufsgenossenschaft mit vollem Recht darauf, daß in dem fraglichen Betriebe sowohl, wie auch in den anderen Fabriken mit ähnlicher Einrichtung die Beschäftigung eines ständigen Maschinenarbeiters auch an der im Schreineraal aufgestellten Kreissäge erzwungen wird.

Der von unserem Verbandsvorstand vom 1. Januar 1910 ab erhobenen Statistik über die Unfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen steht der Vorstand der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft sympathisch gegenüber. Er hat im Publikationsorgan der Genossenschaft eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die entsprechende Ankündigung unseres Verbandsvorstands wirklich abgedruckt und der wesentliche Inhalt des Unfallfragebogens wiedergegeben wird. Dadurch sollen die Genossenschaftsmitglieder veranlaßt werden, soweit notwendig, alle Unordnungen zu treffen, um Unfälle zu vermeiden. Der Genossenschaftsvorstand spricht zum Schluß dieser Bekanntmachung die Hoffnung aus, „daß die Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Vertretungen bei der Erfüllung der Unfallverhütungsvorschriften auch ferner stattfinden und gute Früchte tragen möge“. Es verdient auch unsererseits volle Anerkennung, daß die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft den Bemühungen unseres Verbandes zur Erhöhung des Unfallschutzes das richtige Verständnis entgegenbringt, und daß sie es nicht unter ihrer Würde findet, dort, wo das gemeinsame Interesse der Berufsgenossenschaft und unserer Organisation in Betracht kommt, nämlich bei der Bekämpfung der Unfallgefahr, mit unserer Gewerkschaft Hand in Hand zu arbeiten.

Hierfür ist ein Beispiel bezeichnend, welches ebenfalls in dem Bericht des Aufsichtsbeamten für die Sektion I erwähnt ist. Bekanntlich hat dieser Beamte, Herr Hofmann in Stuttgart, den „Illustrierten Zeitungen für die Unfallverhütungstechnik“ herausgegeben; ein sehr nützliches Buch, welches auch wir feinergezeit entsprechend gewürdigt haben. Neben zahlreichen Arbeitern, die den Zeitungen direkt bezogen, hat auch der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 900 Exemplare bestellt, um sie an die Bibliotheken der Zahlstellen zu verteilen. Die Berufsgenossenschaft wollte diese Exemplare kostenlos abgeben und wandte sich an die drei anderen Holzberufsgenossenschaften, um diese zur Beteiligung an den Kosten zu animieren, sie holte sich aber an allen drei Stellen Körbe. Interessant sind die Gründe für die Ablehnung. Die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft will selbst eine Erläuterung ihrer Unfallverhütungsvorschriften herausgeben. Das wäre ein Grund, den man schließlich verstehen kann. Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft lehnte die Kostenbeteiligung ab, weil nur die Unfallverhütungsvorschriften der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft in der Broschüre bearbeitet sind und — weil sie fürchtete, daß die Schrift ihres Umfangs wegen von den Arbeitern nicht gelesen werden würde. Das sind sehr faule Ausreden. Da war die Sächsische Holzberufsgenossenschaft schon ehrlicher, als sie ihre Ablehnung mit Sparsamkeitsrücksichten begründete. Dabei handelte es sich um ein im Verhältnis zu den großen Beträgen, mit welchen die Berufsgenossenschaften rechnen, doch recht winziges Objekt. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft hat schließlich für die in ihrem Bezirk belegenen Zahlstellen 300 Exemplare kostenlos und weitere 600 Exemplare zum Selbstkostenpreis von 60 Pf. pro Stück abgegeben.

Wie notwendig es ist, das Interesse für die Unfallverhütung bei den Arbeitern zu wecken und zu pflegen, ergibt sich aus der Tatsache, daß es immer noch Arbeiter gibt, die diesen Dingen noch viel zu wenig Aufmerksamkeit schen-

ten. Es ist zwar zweifellos überleben, wenn der Auf- sichtsbeamte für die Sektion II (Waden) in Bezug auf die Arbeiter schreibt: „Große Gleichgültigkeit und Überwillen gegenüber Einhaltung der Vorschriften und Benutzung der Schutzvorrichtungen ist an der Tagesordnung.“ Aber es muß zugestanden werden, daß mancher Unfall bei der wül- stigen Unvorsichtigkeit vermieden werden könnte. Wir sind jedoch überzeugt, daß in dem gleichen Maße, als sich unser Verband ausbreitet, auch das Verständnis der Arbeiter für den Unfallschutz wächst.

Wilhelm Schäffler f. Aus Heilbronn kommt die Nachricht, daß der Kollege Wilhelm Schäffler am 20. No- vember in der Heilanstalt Charlottenhöhe im Schwarzwald, wo er Erholung suchte, gestorben ist. Mit Schäffler ist ein altes lüchliches Verbandsmitglied dahin gegangen. In Stuttgart, wo er am 16. Oktober 1856 geboren ist, hat er sich schon in jungen Jahren der Arbeiterbewegung ange- schlossen. Die Agitation, die er für seine Berufsorganisa- tion entfachte — er war Tischler und hat später als Ma- schinenarbeiter gearbeitet — führte dazu, daß er in seiner Heimatstadt keine Arbeit mehr fand. Er überlebte im Jahre 1886 nach Heilbronn und wurde hier sehr bald die Seele der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiter- bewegung. Wiederholt hat er als Delegierter an den Ver- bandskongressen des Deutschen Holzarbeiterverbandes teilge- nommen, so in Kassel 1893 und in Göttingen 1898. Im Jahre 1894 hat er die praktische Berufsarbeit aufgegeben, um im Einverständnis mit den Heilbronner Gewerk- schaften die Bewirtschaftung des „Gasthauses zur Rose“ zu übernehmen, welches als Gewerkschaftshaus eingerichtet wurde. Seit dem Jahre 1902 war Schäffler württemberg- ischer Landtagsabgeordneter, seit 1905 auch Gemeinderat in Heilbronn. In diesen öffentlichen Ämtern hat er eben- so wie im Deutschen Holzarbeiterverband seine ganze Kraft eingesetzt, der Arbeiterschaft zu dienen. Schäfflers Wirken sichert ihm auch in unserer Organisation ein ehrendes Andenken.

**Christlicher Terrorismus.** Obwohl die Christen dort, wo sie sich stark genug fühlen, oft genug die schäblichsten Mittel anwenden, um Mitarbeiter zu schikanieren, die nicht nach ihrer Weise tanzen, spielen sie sich doch gern als die verfolgte Unschuld auf und suchen der Welt glauben zu machen, daß sich die Mitglieder der christlichen Verbände vor dem Terrorismus anders Organisierten kaum zu schützen wissen. Ein solches Opfer des „sozialdemokratischen Terrorismus“ wollte auch die Verwaltung des christ- lichen Holzarbeiterverbandes in Bamberg produzieren. Sie leitete ihre Aktion durch den nachfolgen- den, an die Zeitung einer dortigen Möbelfabrik gerichteten Brief ein:

**Zentralverband Christlicher Holzarbeiter.**  
Bamberg, 15. November 1910.

Sehr geehrter Herr Direktor!  
Untersignierte Ortsverwaltung obigen Verbandes möchte Herrn Direktor bitten, den in Ihrem Betriebe be- schäftigten Schreiner G. A. vor den Befähigungen mancher Mitarbeiter, welche denselben zum Uebertritt in den roten Verband bringen wollen, zu bewahren.

Hochachtungsvoll  
J. A.: Josef Krieger, 1. Vorstand. Egelsestr. 11.

Der brave Josef Krieger hat sicherlich geglaubt, seinem christlichen Verband einen großen Dienst zu erweisen. Sollte der Brief die von ihm beabsichtigte Wirkung gehabt, dann hätte man nicht nur einen neuen Beweis für die Unzuläs- samkeit des roten Verbandes gehabt, sondern auch wohl noch erreicht, daß die fragliche Möbelfabrik zu einem Stütz- punkt des christlichen Verbandes geworden wäre. Es kam aber ganz anders, als der Denunziant erwartet hatte. Die Antwort, welche die Firma dem Krieger gab, lautete fol- gendermaßen:

Bamberg, den 16. November 1910.  
Hl. Zentralverband Christl. Holzarbeiter!  
(Zahlstelle Bamberg.)

Wir erhielten Ihr werthes gelbes Schreiben und haben nach Untersuchung des uns mitgeteilten Falles Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Ansicht, der bei uns be- schäftigte Schreiner A. werde unter Verletzung seiner Kollegen zum Eintritt in den Holzarbeiterverband ge- zwungen, förmlich aus der Luft gegriffen ist, was Ihnen A. selbst bestätigen kann.

Wir sind der Ansicht, daß Sie sich in einem solchen Falle zuvor genauer informieren müssen, ehe Sie eine derartige Anschuldigung erheben, anderenfalls bring- en Sie Ihre Mitglieder in Verlegenheit und fordern, wie in diesem Falle, die Entrüstung der zu Unrecht be- rührten Kollegen heraus.

Wir sind der Ueberzeugung, daß Ihnen wie drüben jeder Überzeugungstreue Arbeiter Mann genug ist, seine Freiheit selbst zu wahren und weniger uns in derartige Angelegenheiten gar nicht, es sei denn, daß die Ordnung unseres Betriebes darunter leidet.

Hochachtungsvoll  
M. A.

Dieser Brief läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; ob er aber von dauernder Wirkung sein wird, muß bezweifelt werden. Das Operieren mit dem Terrorismus- schwindel erfreut sich bei den Christen einer solchen Belieb- heit, daß auch ein gelegentlicher Reinfall sie nicht hindern wird, den Trüß an passender Stelle wieder zu probieren. In der Regel finden ja auch ihre Denunziationen eine bessere Aufnahme, als es hier der Fall war.

Eine Staatsaktion zugunsten arbeitswilliger Hirsche. Während der Differenzen bei der Firma Steinway u. Sors in Hamburg haben sich bekanntlich die Hirsche durch ihre Arbeitswilligkeit sehr beliebt gemacht. Aus Vorgängen bei jenen Differenzen resultierte die Anklage gegen zwei Kollegen, die sich kürzlich wegen Nötigung und Vergewaltigung gegen § 153 der Gewerbeordnung vor der Hamburger Strafkammer zu verantworten hatten. Sie haben das fürchterliche Verbrechen begangen, den Hirschen ihren rechtmäßigen Namen vorzuhalten und in bezug auf vorüber- gehende arbeitswillige Hirsche gesagt zu haben: „Die Rehe

kommen.“ In der Hauptverhandlung, wo diese Untat auf- gedeckt wurde, war die Sache sogar dem Staatsanwalt zu- bunt. Er beantragte selbst die Freisprechung, auf welche auch vom Gericht erkannt wurde.

Den Hirsch-Dunderschen ist es sehr unangenehm, daß ihnen der schändliche Streikbruch, dessen sie sich in letzter Zeit in wiederholten Fällen schuldig gemacht haben, so deutlich unter die Nase gerieben wird. Um sich zu revanchieren, bemühen sie sich, den Nachweis zu führen, daß sich auch Mitglieder unseres Verbandes unschöner Handlungen schuldig gemacht haben. Wie schwach es aber mit diesem Material bestellt ist, beweist der Fall aus Leuben, der in Nr. 46 der „Eiche“ breitgetreten ist. Dort wird von einem Hirsch erzählt, daß er für 45 Pf. Stundenlohn als Maschinenarbeiter in einer Möbelfabrik eingestellt wurde. Die bösen Holzarbeiterverbände aber hätten es durchgesetzt, daß er am nächsten Tag nur 40 Pf. ausgezahlt erhielt.

Wir haben über den Fall Erkundigungen eingezo- gen und dabei festgestellt, daß der Vorgänger des betreffen- den Gewerkschafters plötzlich entlassen wurde, um dem Hirsch Platz zu machen. Der übliche Einstellungslohn für Maschinenarbeiter betrug in dem Betrieb bisher 40 Pf., und Lohnerhöhungen folgten nur sehr langsam. Als die Kollegen nun sahen, daß in diesem Fall 45 Pf. Ein- stellungslohn gewährt wird, wurden sie allerdings beim Chef vorstellig, aber nicht um eine Reduzierung des Lohnes für den neuen Arbeiter zu verlangen, sondern auch für sich eine Erhöhung herauszuschlagen. Da aber die in dem Betrieb beschäftigten Hirsch-Dunderschen die Eintigkeit der Kollegen bisher erfolgreich hintertrieben haben, konnte es der Unternehmer riskieren, den Ausschlag in der Weise herzustellen, daß er dem einen den Lohn reduzierte, statt ihn den anderen zu erhöhen. Das ist also die Moralit in Leuben. Als Gegenstück gegen den Hirsch-Dunderschen Streikbruch in Hamburg und Stolp ist dieser Fall kaum dann zu verwenden, wenn er in Hirsch-Dunderscher Saue jerviert wird; geschweige denn, wenn man den wahren Sachverhalt kennt.

**Der Schultze als Streikposten.** Daß eifrige Orts- vorsteher den Streikposten alle möglichen Schwierigkeiten bereiten, ist eine alltägliche Erscheinung; um so rühmend- werter ist es, wenn ein Schultze sich nicht nur von solchen Schikanen fernhält, sondern es als seine Aufgabe betrachtet, selbst Streikposten zu sein und etwaige Arbeitswillige von dem Verrat an ihren Kollegen abzuhalten. Einen solchen Ortsvorsteher besitzt die Gemeinde Glasbach im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. Dieser Ortsvor- steher ist im Hauptberuf Holzarbeiter und arbeitet in dem benachbarten Meilenbach. Als unsere Kollegen im letzten Sommer hier einen längeren Streik zu führen hat- ten, hat auch der Schultze von Glasbach als braves Ver- bandsmitglied die Arbeit in der Fabrik eingestellt und sich wie jeder andere Kollege am Streikpostenstellen beteiligt. Für die hochweise Regelung war dieser Schultze, der Streikposten steht, eine harte Nuß. Am liebsten hätte man wohl den aufrechten Mann, der seiner Arbeiterpflicht ein- gedenk ist, seines Gemeindeamtes, welches ihm eine bare Einnahme von 140 Mk. jährlich bringt, entseht. Aber die Geschichte hatte einen Haken. Deshalb beschränkte man sich auf folgende Verfügung:

An Herrn Schultze A. in Glasbach!

Unter Bezugnahme auf die am 27. Juni 1910 hier mit Ihnen gepflogene Verhandlung teile ich Ihnen mit, daß das Fürstliche Ministerium mit Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse davon absieht, Sie wegen Ihrer Ver- teiligung am Streikposten Ihres Amtes als Ge- meindevorstand zu entheben. Ihr Verhalten stellt sich aber als eine Ordnungswidrigkeit dar, durch die Sie die Ihnen als Schultze und insbesondere als Verwalter der Polizeigewalt obliegenden Pflichten so groß- lich verletzt haben, daß es nicht ungeahndet bleiben kann. Sie werden deshalb hiermit auf Grund des Artikels 103 der Gemeindeverordnung vom 9. Juni 1876 in eine Ord- nungsstrafe von 20 Mk. verurteilt, welche bei Vermel- dung der zwangsweisen Verurteilung innerhalb 14 Tagen an die Sportkasse des Landratsamtes zu zahlen ist.

Königssee, den 29. September 1910.

Der Fürstliche Landrat. Dr. Knauth.  
Wenn der Fürstliche Landrat einen anderen Schult- zeig gefunden hätte, dann wäre es ja mit den 20 Mk. Ord- nungsstrafe nicht abgegangen. So aber muß die fürstlich schwarzburg-rudolstädtische Regierung einen Mann als Ver- walter der Polizeigewalt dulden, der das Streikpostenwesen als eine Pflicht betrachtet, der er sich gegebenenfalls auch selbst unterziehen muß. Ein Fall, der jedenfalls einzig in Deutschland dasteht.

**Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie.** Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes war im Monat Oktober das Baugeschäft in Leipzig, Halle, Rosen und Krefeld gut beschäftigt; in Groß-Berlin lagen in der Bauwirtschaft rei- menig Aufträge vor. Die Beschäftigung der Sägewerke befriedigte noch. Die Kistenfabrikation war reich- lich mit Aufträgen versehen. Dagegen zeigte eine Falou- siefabrik in Berlin bei noch leidlicher Beschäftigung doch schon einen Rückgang gegen den Vormonat. In der Möbelindustrie war der Geschäftsgang in den ein- zelnen Firmen voneinander sehr abweichend. Für Porz- warena, Rohmöbel, Reifertische und Kinderwagen lag das Geschäft aufzubehaltend. Aus Breslau wird von einer Schirmfabrik berichtet, daß Arbeitermangel herrschte, der zu Lohnerhöhungen führte. Nach Luxuswagen war die Nachfrage groß. In der Automobilindus- trie hielt sich der Geschäftsgang auf der Höhe des Vor- monats. Immer noch unbefriedigend war der Geschäftsgang im Eisenbahnwagenbau. Einige Fabriken schritten zur Kürzung der Arbeitszeit bis zu 2 Stunden täglich.

Die Fachschule für die Klavierindustrie, die im Sep- tember dieses Jahres in Stuttgart eröffnet werden sollte, hat wegen Mangels an Schülern nicht eröffnet werden können. Jetzt wird geplant, mit dem Unterricht am 1. Januar 1911 zu beginnen.

**Gewerkschaftliches.**

Einem erfolgreichen Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Industriellen haben die Leipziger Metallarbeiter geführt. Die vom Metallindustriellenverband in Leipzig eingerichtete Arbeitsnachweistelle hatte schon längst den Ausfall der Arbeiterbewegung erregt. Insbesondere war es die unüberdächtige Behandlung, welche sich die Arbeit- suchenden von dem Beamten des Nachweises, namens Wirt- lichen, gefallen lassen mußten, durch welche die Gemüter lebhaft erregt wurden. Dazu kam, daß dieser Herr von der Möglichkeit, Arbeiter zu mahregeln, einen sehr aus- geübten Gebrauch machte. Wurden doch nach einem be- endeten Streik Arbeiter oft noch monatelang von der Arbeit ausgeschlossen. Ein weiterer Beschwerdegrund war die Art der Arbeitsvermittlung. In den dem Metall- industriellenverband angeschlossenen Betrieben werden Ar- beiter nur eingestellt, die einen Schein vom Arbeitsnach- weis haben. In der Praxis vollzog sich dann die Vermitt- lung so, daß der Arbeitssuchende in dem ihm zuzugewen- deten Betrieb um Arbeit nachsahnte und dann, wenn ihm die Ein- stellung in Aussicht gestellt wurde, auf den Nachweis ging, um sich den Schein zu holen. Ob diese Art der Arbeits- vermittlung ideal ist, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Die beteiligten Arbeiter hatten sich an den Zustand gewöhnt und empfanden es als eine beabsichtigte Schikane, daß ihnen neuerdings in solchen Fällen der Nachweisschein verweigert wurde, so daß sie genötigt waren, die ihnen vom Arbeits- nachweis zugewiesenen Stellen anzunehmen, die öfters den Wünschen der Arbeitssuchenden in keiner Weise entsprachen.

Als Vorstellungen bei dem Vorstand des Metall- industriellenverbandes nicht zu dem gewünschten Erfolge führten, beschloßen die Leipziger Metallarbeiter, sich selbst zu helfen. In mehreren großen Versammlungen wurde mit Wirkung vom 6. August die Sperrung des Ar- beitsnachweises der Metallindustriellen beschlossen. In der beschlossenen Resolution wurde ausgesprochen, daß die Metallarbeiter, unbeschadet ihrer prinzipiellen Stel- lung gegen die einseitigen Arbeitsnachweise der Unter- nehmer, doch vorläufig darauf verzichten, den Kampf gegen den Nachweis an sich zu führen; für den Augenblick handelt es sich nur um die Abstellung der gerügten Mißstände. Da neben der Sperrung des Arbeitsnachweises auch der Zugang nach Leipzig für die meisten Branchen der Metallarbeiter gesperrt war, machte sich die Wirkung des Kampfmittels bald bemerklich. Die Leipziger Metallindustriellen riefen die Hilfe des Gesamtverbandes an und verlangten eine größere Aussperrung, um die Metallarbeiter zur Aufgabe ihres Kampfes gegen den Arbeitsnachweis zu zwingen.

Der Gesamtverband der Metallindustriellen ist jedoch argzweit nicht sehr aussperrungswillig; nicht etwa aus all- gemeiner Friedensliebe, sondern aus der Erwägung heraus, daß er bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit einem solch riesigen Nachkampf sehr unangenehme Erfahrungen machen könnte. Aus diesen Erwägungen heraus hat er ja auch bei der Bewegung der Werftarbeiter von der Anwen- dung dieses Kampfmittels abgesehen und einen Frieden geschlossen, der nicht nur für die direkt beteiligten Werk- stätten, sondern mittelbar auch für den Gesamtverband der Metallindustriellen eine empfindliche Niederlage bedeutet. Schon gelegentlich der Verhandlung über die Weigerung des Kampfes auf den Werften wurde von den Vertretern der Industriellen der Wunsch ausgesprochen, die Leipziger Differenzen zu schlichten. Nach Beendigung des Werk- kampfes fanden auch Verhandlungen statt, die damit endeten, daß der Vorstand des Gesamtverbandes der Metallindustriellen dem Vorstand des Metallarbeiter- verbandes die nachstehenden Zugeständnisse unterbreitete:

1. Eine anständige Verhandlung der Arbeitssuchenden in der Arbeitsnachweistelle durch die abfertigenen Be- amten ist diesen Beamten zur Pflicht gemacht; Herr Wirtlichen wurde durch den erfahrenen, älteren Herrn Gsardt ersetzt.
2. Es bestehen keine Beschlüsse, durch welche die Ein- stellung der Streikenden nach Beendigung eines Aus- standes verhindert wird. Es sollen auch in Zukunft Streikende nach Beendigung der Differenzen dem We- darf entsprechend wieder eingestellt werden.
3. Es ist ein Verbot, wenn die Arbeiter annehmen, daß an dem früheren Zustand etwas geändert worden ist. Bis jetzt war es den Arbeitern gestattet, sich aus- nahmsweise ohne vorherige Benutzung der Arbeitsnach- weistelle in den Verbandsbetrieben Arbeit zu suchen; es liegt kein Verbot vor, nach welchem dies in Zukunft ge- ändert werden soll.
4. Es ist eine Beschwerdekommision aus zwölf Ver- bandsmitgliedern unter Vorst. des Herrn Fabrikbesitzer Schilbach, in Firma J. W. Schilbach, gebildet worden, welche jetzt und in Zukunft die ordnungsmäßige Ge- schäftsführung in der Arbeitsnachweistelle überwachen und Beschwerden der Arbeiter prüfen soll.

Die Beschwerden der Arbeiter sind schriftlich beim jeweiligen Vorsitzenden der Kommission anzubringen. Diese Zugeständnisse bedeuten eine vollständige An- erkennung der Arbeiterforderungen. Sie wurden auch von einer riesigen Versammlung der Leipziger Metallarbeiter am 14. November einstimmig angenommen. Die verhängte Sperrung wurde gleichzeitig aufgehoben.

Damit ist wieder ein bedeutungsvoller Kampf beendet, der dazu beitragen muß, das Selbstgefühl der Arbeiter- schaft zu heben. Es ist ein neuer Beweis dafür geliefert, daß die Macht der Scharfmacher nicht unüberwindlich ist. Daß es dem Gesamtverband der Metallindustriellen schwer gefallen ist, diese Zugeständnisse zu machen, und damit der organisierten Arbeiterschaft, die eben erst auf den Werften einen bedeutenden Sieg errungen hat, zu einem neuen Triumph zu verhelfen, kann man sich denken. Zweifellos werden die Scharfmacher darauf sinnen, bei günstiger Gelegenheit die erlittene Scharte auszuweihen. So begründet die Freude über den errungenen Sieg ist, so darf sie doch nicht dazu führen, auf den Lorbeer auszuruhen. Es muß erst recht dahin gearbeitet werden, die organisierte Arbeiterschaft in den Stand zu setzen, dem Scharfmachertum seine Ausperrungsgelüste dauernd aus- zureiben. Das ist eine Mahnung, die nicht nur die hier nächstbeteiligten Metallarbeiter, sondern alle Gewerkschaften beherzigen müssen.

Ein internationaler Metallarbeiterkongress fand vom 31. Oktober bis 2. November in Birmingham (Großbritannien) statt. 75 Delegierte vertraten 771 000 Mitglieder, die sich auf 41 Organisationen in zwölf verschiedenen Ländern verteilten. Die überwiegende Zahl der Mitglieder stellt natürlich der Deutsche Metallarbeiterverband (etwa 450 000), während aus Großbritannien mit seiner ausgebreiteten Metallindustrie nur 15 000 Arbeiter (von etwa 1 1/2 Millionen) auf dem Kongress vertreten waren. Nachteilig zeigt sich dort der Mangel einer einheitlichen Organisation. Die amerikanischen Gewerkschaften verhalten sich gegenüber der internationalen Verbindung noch ablehnend, wie dies ja auch in der Holzindustrie der Fall ist. Die Verhandlungen des Kongresses drehten sich hauptsächlich um die Frage der Gegenseitigkeit. Nicht mit Unrecht konnte ein deutscher Delegierter den Engländern vorwerfen, daß zum schwedischen Generalstreik die reichen englischen Gewerkschaften insgesamt nicht mehr geleistet hätten als eine mittlere deutsche Stadt. Die Briten entschuldigten dies mit den Bestimmungen ihrer Statuten. Auf diesen Starren wurde auch ihr Widerstand gegen den Uebertritt der Ausländer mit vollen Rechten abgelehnt. Befremdend mutet uns auch der Vorschlag eines Belgiers an, wonach die Unterstützung während des ersten Monats einer Meise im Auslande von der Organisation des Heimatlandes zurückvergütet werden soll. Ein Beschluß kam in der Frage der Gegenseitigkeit nicht zustande. Diefelbe wurde vielmehr einer Kommission überwiesen, die bis zum nächsten Frühjahr Vorschläge unter Berücksichtigung der englischen Verhältnisse ausarbeiten soll. Der nächste Kongress soll in Berlin stattfinden. Das Internationale Sekretariat bleibt in Händen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Gewerkschaftsmitglied durch Gerichtsbeschluss.** Diese sonderbare Ehre hatte ein Schuhmacher in Frankfurt a. M. für sich beansprucht, nachdem ihn der Zentralverband der Schuhmacher wegen Verstoßes gegen die Verbandsgrundsätze ausgeschlossen hatte. Anstatt hiergegen die statutenmäßig vorgesehenen Instanzen anzurufen, klagte der ausgeschlossene auf Anerkennung seiner Mitgliedschaft und auf 650 Mk. Schadenersatz, weil sein Ausschluß natürlich auch im „Schuhmacher-Fachblatt“ bekannt gegeben worden war. Was man nicht für möglich gehalten hatte, trat ein. Das Landgericht Nürnberg erklärte durch Urteil im März 1910 die Mitgliedschaft des ausgeschlossenen als bestehend und erkannte auch die Schadenersatzforderung dem Grunde nach als berechtigt an. Auf eingeleitete Berufung hat nun aber erst das Oberlandesgericht dieses sonderbare Urteil aufgehoben und den ausgeschlossenen mit seiner Forderung kostenpflichtig abgewiesen. Es ist also nichts damit, daß Unternehmergehilfen einer Gewerkschaft gegen ihren Willen als Mitglieder aufoktroiiert werden können. Zutreffen dürfte hier wohl, was der beklagte Verbandsvorstand auch vor Gericht aussprach, daß hinter dem Kläger als treibende Kraft die Unternehmerorganisation stecke. Dieser hätte es freilich passen können, den Verband ab und zu durch eine Schadenersatzklage ausgeschlossener Streikbrecher schröpfen zu können.

Der Verband der Friseurgehilfen entfaltet eine lebhaftige Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit. Bei den Verhältnissen in diesem Berufe sind Erfolge nur auf dem Wege zu erzielen, daß der obligatorische Achtstundenschluß auf Grund des § 139f der Gewerbeordnung angestrebt wird. Dieses Verlangen der Gehilfen wird aber von den Innungsmeistern vielfach mit dem Einwand bekämpft, daß gerade organisierte Arbeiter häufig erst in der letzten Minute zum Freitrag kämen und dadurch den pünktlichen Geschäftsschluß verhindern. Der Verband der Friseurgehilfen richtet deshalb an die organisierte Arbeiterschaft das Ersuchen, rechtzeitig zum Friseur zu gehen, und zwar Wochentags vor 8 Uhr abends, Sonnabends vor 10 Uhr und Sonntags vor 12 Uhr mittags. Dieses Verlangen ist so bescheiden und einleuchtend, daß wir wohl erwarten dürfen, daß ihm von unseren Kollegen allgemein entsprochen wird.

Die „Allgemeine Steinseher-Zeitung“, das Organ des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Verursgenossen, legt ihrer Nr. 2 zum ersten Male eine besondere fachtechnische Beilage mit dem Titel: „Die Straße“ bei. Diese Beilage soll zunächst in zwingender Reihenfolge erscheinen.

### Technisches.

#### Unser Fachblatt.

Das Bestreben, die fachgewerbliche Ausbildung innerhalb der Gewerkschaft zu pflegen, ist nicht neu. Schon der Vorgänger unseres heutigen Verbandsorgans, die „Neue Tischlerzeitung“, trug dem durch fachtechnische Abhandlungen und die Beigabe von Zeichenbelegungen Rechnung. Nach der Gründung des Holzarbeiterverbandes trat das Verlangen nach Unterstützung der fachlichen Fortbildung öfters hervor. Die laut gewordenen Wünsche verdrängten sich schließlich auf dem Verbandstag zu Leipzig 1904 zu dem Beschluß, verbandsseitig ein eigenes fachtechnisches Organ zu gründen und den Mitgliedern zum Abonnement anzubieten.

Freilich ist das für eine Arbeiterorganisation leichter gesagt, als getan. Allerlei Schwierigkeiten treten uns dabei entgegen, und nicht die geringste ist die Beschaffung des Inhaltes. Wohl birgt der Verband tüchtige Spezialisten für alle Fachfragen in seinen Reihen, aber die wenigsten wagen es, ihre Fachkenntnisse zu Papier und damit ihren Mitkollegen zur Kenntnis zu bringen.

Nicht minder schwierig gestaltete sich anfangs die Beschaffung stets neuen Bildermaterials, zumal doch das Fachblatt nur das Beste gebrauchen konnte. Doch fanden sich mit der Zeit auch die bedeutendsten Künstler der Innenausschmückung bereit, ihre Arbeiten dem neuen Organ zur Verfügung zu stellen.

So steht denn heute unser „Fachblatt für Holzarbeiter“ bereits am Schlusse seines fünften Jahrgangs. Von Autoritäten auf diesem Gebiete wird es zu den besten Zeitschriften der Holzindustrie gezählt. So urteilte bereits im April 1907 der damalige Herausgeber der „Höhe Warte“, S. A. Litz:

— Es war ein ausgezeichnetes Griff, den der Deutsche Holzarbeiterverband mit der Schaffung eines

Fachblattes für Holzarbeiter getan hat. Das Fachblatt stellt für unsere Holzarbeiter ein modernes Bildungsmittel ersten Grades auf technischer Grundlage dar.“

„Das Werkblatt“ (für Kunstgewerbebetreibende) schrieb unterm 1. Mai 1908:

— Ich möchte, daß unsere Leser dieses vortrefflich geleitete Tischlerfachblatt regelmäßig lesen, sie werden darin Anregungen in großer Fülle finden.“

Selbst die „Soziale Praxis“ äußert sich am 25. März 1909 wie folgt:

— Diesen Schönheitssinn in die Masse der Schaffenden zu tragen, scheint uns ein kulturelles Verdienst des nebenbei technisch recht lehrreichen „Fachblatt für Holzarbeiter“ zu sein. —

Erst in diesem Jahre schreibt der Direktor eines Kunstgewerbemuseums:

„Ihr wirklich überaus gelungenes Heft 6 empfangen ich mit größter Freude, wie ich denn seit langem Ihre Bemühungen um zeitgemäßen Geschmack mit lebhaftem Interesse und warmer Teilnahme verfolge.“

Daneben gehen dem Fachblatt regelmäßig Zustimmungserklärungen einzelner Bezirke zu. Es hat also seinen Platz erobert.

Der Leserkreis ist weit über den Kreis der Verbandsmitglieder hinausgewachsen. Nicht nur, daß das Fachblatt heute in vielen Fachstellen Oesterreichs und der Schweiz verbreitet wird, zu seinen Beziehern gehören auch viele Meister, Fabrikanten, Architekten und Kunstgewerbebesitzer. Erst kürzlich bestellte eine Fachschule in Bulgarien neun Abonnements für ihre Schüler. Das Fachblatt braucht sich dieser Nichtmitglieder als Abonnenten nicht zu schämen, sie beweisen vielmehr, daß es eine geachtete Stellung einnimmt.

Trotz alledem ist aber die Leserschaft immer noch zu gering — wenn sie auch höher sein dürfte als die der meisten ähnlichen Zeitschriften — zu gering, um bei dem niederen Preise die Selbstkosten aufzubringen. Während einzelne Fachstellen recht hohe Lesersätze stellen, sind diese wieder in anderen minimal. Bei einiger Mühe müßten sich überall noch recht viel neue Leser finden lassen. Insbesondere sollten sich alle jungen Kollegen die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dieses Bildungsmittel von bauern-dem Wert für sich nutzbar zu machen. Es gibt in der Holzindustrie keine Fachzeitschrift, die bei gleich billigen Preisen und vornehmer Ausstattung auch nur ähnliches leistet, wie unser Fachblatt.

Mit dem nunmehr beginnenden Jahrgang 1911 wird das Fachblatt aber noch weitere Verbesserungen erfahren: der Druck erfolgt in einer schönen, neuen Schrift auf Kunstdruckpapier. Der Versand wird so geregelt, daß auch die Einzelsendungen in sauberem Zustande eintreffen. Der Briefkasten soll so ausgebaut werden, daß er ein festes Bindeglied zwischen den Lesern bildet. Außerdem sind bereits jetzt wertvolle fachtechnische Beiträge von ersten Fachleuten zugesichert. Das Fachblatt wird deshalb künftig noch mehr als bisher ein notwendiger Bestandteil in der Privatbibliothek jedes aufwärts strebenden Holzarbeiters sein.

Bei dieser Bemühung des Verlages darf aber auch erwartet werden, daß die Mitglieder diese Schöpfung des eigenen Verbandes durch rege Verbreitung unterstützen, damit das Fachblatt seinen Zweck voll erfüllen kann.

### Eingefandt.

#### Aus der Berliner Tischbranche.

Unter den Berliner Spezialmöbelbranchen ist die Tischbranche diejenige, welche am ersten und auch nach außen hin am deutlichsten sichtbar, in ständiger Umwälzung der Herstellungsart begriffen ist. Die Zeit, wo der Tischmacher seine Arbeit von A bis Z selbst verrichtete, ist vorüber. Einzelne Kleinbetriebe ausgenommen, ist die Teilarbeit überall üblich. Die weitgehende Anwendung der Maschinenarbeit, die bis ins kleinste gehende Teilarbeit durch ungelernete Arbeiter und auch die sich einbürgernde Frauenarbeit (Furniere zusammenheften) bedingen eine veränderte Produktionsmethode. Der scharf einschneidende Konkurrenzkampf unter den Unternehmern zeitigt eine ungesunde Preis-schleuderei. Die Arbeiter spüren das in der Gestalt einer ständigen Preisdrückerei. Das Schleudern der Ware ist zu einer Gefahr für den Beruf geworden. Die verständigen Unternehmer sehen dieses auch ein. Die kleinen Meister haben schwer zu leiden unter dem Druck jener Betriebe, die mit allen Mitteln moderner Technik und unter Ausnutzung ungelernerter Arbeitskräfte arbeiten. Wenn die Unternehmer eine Preisübereinkunft für gangbare Muster herbeiführen wollen, so kann das den Arbeitern in der Branche nur recht sein; wir werden mithelfen, unser Gewerbe auf eine solide Grundlage zu stellen und es vor dem drohenden Niedergang zu bewahren.

Wie es in einigen Tischfabriken aussieht, sollen einige Beispiele zeigen. Wir haben eine Tischfabrik, wo nur 2 gelernte Tischler und 28 ungelernete Teilarbeiter beschäftigt sind. Diese Ungelernten erzielen einen Verdienst von 18 bis 21 Mk. pro Woche. In einer anderen Tischfabrik sind 4 gelernte Tischler und 13 ungelernete Teilarbeiter. Die letzteren erhalten die Hälfte der sonst üblichen Affordpreise. In Berlin kommen nach Feststellungen der Tischbranchen-Kommission etwa 620 Kollegen in Frage. Darunter wurden 82 ungelernete Teilarbeiter gezählt. Die meisten Teilarbeiter sind unorganisiert. Etwa 30 gehören dem Transportarbeiterverband an. Als am 1. Oktober laut Vertrag der fünfprozentige Zuschlag in Kraft treten sollte, sind die meisten ungelerten Kollegen leer ausgegangen. Ein Unternehmer erklärte seinem Fabrikausschuß drastisch, daß mit dem Transportarbeiterverband kein Vertrag bestünde. Die Spezialmaschinen sind ebenfalls mit billigen ungelerten Arbeitskräften besetzt. Die geringen Verdienste der Ungelernten wirken preisdrückend. Die Betriebe, die ungelernete Arbeiter beschäftigen, machen den Tischlermeistern die schärfste Konkurrenz. Die üblichen Verkaufspreise werden ständig gedrückt. Die Löhne der Tischlergehilfen können sich nicht zeitgemäß entwickeln. Nach unserer Verbandsstatistik ist der Durchschnittsverdienst der

Tischlerbranche von 38,12 Mk. pro Woche im Jahre 1907 auf 31,04 Mk., also um 1,48 Mk., im Jahre 1909 gesunken. Es sei hier nebenbei bemerkt, daß in der Schlafsimmerbranche die Verhältnisse sich ähnlich entwickelt haben.

Unsere ungelerten Teilarbeiter gehen aus der Holzindustrie so leicht nicht mehr heraus. Es hat sich jetzt ein gewisser Stamm gebildet; diese Kollegen wechseln wohl die Betriebe, auch wohl die Branche, aber sie bleiben Verleiher, Teilarbeiter, folglich Holzarbeiter. Es muß daher mehr als bisher für die Organisation dieser Teilarbeiter in unserem Verbandsverbande getrieben werden. Daß einzelne von ihnen anderen Verbänden angehören, weil dort der Beitrag billiger ist, muß unsere Verbandskollegen veranlassen, dahin zu wirken, daß diese Kollegen zu uns über-treten. Die Maschinenarbeiter müssen auch mehr dazu beitragen, daß die an den Spezialmaschinen Beschäftigten für uns gewonnen werden. Die Berliner Generalversammlung unseres Verbandes fordert auch alle Kollegen auf, mehr als bisher für Organisation aller in Betracht kommenden ungelerten Kollegen zu wirken. Es werden Stimmen laut, für die schlechtgestellten Kollegen die Beitragsfrage dahin zu regeln, daß diese vom Lokalbeitrag entbunden werden. Die Berliner Lokalverwaltung wird jedenfalls eine geeignete Form finden, um diese Verhältnisse zweckentsprechend zu regeln.

Die Brancheneigentümlichkeiten werden sich in Berlin immer schärfer hervorheben, deshalb müssen alle Kollegen die Branchenverhältnisse beachten. In der Tischbranche werden direkte Abzüge selten gemacht; die bestehenden Werkstattdarfen werden aber dadurch hinfällig, daß ständig die Zellungsmethode geändert wird. In der verflochtenen Vertragsperiode ist in den meisten Betrieben die Arbeitsteilung wiederholt geändert worden. Die Umrechnung der Werkstattdarfen führte stets zur Verschlechterung des Verdienstes. Um den Verdienst wieder in alter Höhe zu erzielen, wird immer intensiver gearbeitet. Den Erfolg von diesen Maßnahmen haben jene Betriebe, die direkt Schundkonkurrenz betreiben. Die Schlichtungskommission muß dringen ersucht werden, bei Neuregelung oder Abänderung bestehender Tarife zu beachten, daß nicht allein die Tischler die Kosten zu tragen haben. Der Unternehmer, der in der Lage ist, billiger zu produzieren, bedroht die ganze Branche. Sollen also die Bestimmungen der Unternehmer nach einer Gesundung der Branchenverhältnisse Erfolg haben, so können sie dieses nur erreichen, wenn sie mit ihren Gesellen Hand-in-Hand-arbeiten. Wir sind, wenn wir gerufen werden, gern bereit, praktisch mitzuarbeiten. Unseren Tischbranchenkollegen rufen wir aber zu, mehr als je auf dem Posten zu sein. Wir müssen alle Verschlechterungen abwehren, und zu gemeinsamer Arbeit mit den Unternehmern in diesem Sinne verpflichtet uns auch unser Vertrag, der im § 15 folgende Bestimmung enthält: „Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, wo ungünstigere Bedingungen innerhalb des Vertragsgebietes vorhanden sind, als in diesem Vertrage festgelegt, für die Beseitigung derselben mit allen Mitteln Sorge zu tragen.“

Die Kommission für die Tischbranche.  
S. A.: Karl Klingner.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

**Grundbegriffe der Politik.** Von Friedrich Stampfer. Verlag der Frankl. Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg. Preis geb. 3 Mk. Auch in 10 Lieferungen à 25 Pf. zu beziehen.

Dem eigenartigen Buche ist die Aufgabe gestellt, über die Grundbegriffe der Politik zu orientieren. Der Verfasser hat dieses Ziel vortrefflich gelöst. Er beschränkt sich nicht darauf, die Grundbegriffe der Politik darzustellen, sein Werk geht über diesen Zweck hinaus, man kann das Buch als eine kurzgefaßte Geschichte der Politik überhaupt bezeichnen. Der belehrende Inhalt ist mit historischen Daten ausgestattet, die auch dem erfahrenen Politiker wertvoll sein werden. Das Buch ist flott geschrieben. Soweit Fremdwörter Anwendung finden, sind diese in die deutsche Sprache übersetzt oder eingehend erläutert.

Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Mißstandes und Logiszwanges veranstalteten Erhebung. Bearbeitet von Wilhelm Janßen. Berlin, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften. Preis 3 Mk.

Zwanzig Jahre Tapeziererorganisation. Ein Rückblick, verfaßt im Auftrage der Organisation der Tapezierer Wiens anlässlich der Feier des zwanzigjährigen Bestandes. Von Anton Grolig und Karl Weigl. Wien, Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co.

Oesterreichischer Holzarbeiter-Kalender für das Jahr 1911. Herausgegeben vom Verband der Holzarbeiter Oesterreichs. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis 1 Krone.

Oesterreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1911. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis gebunden 80 Heller.

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei betrachtet es bekanntlich als eine seiner Aufgaben, die Verbreitung guter Bücher zu fördern. Diesem Zweck dient das von ihm aufgestellte Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften und das Heft „Kunst- und literarischer Wanderschmuck“, welches er herausgibt. Zu beiden Heften, die im Jahre 1909 zum dritten Male erschienen sind, ist nun ein Nachtrag herausgegeben worden. Das Verzeichnis enthält u. a. eine Anleitung zur Veranstaltung von Jugendschriftenausstellungen, auf welche Interessenten besonders aufmerksam gemacht seien.

### Briefkasten.

\* Wir sehen uns genötigt wiederholt daran zu erinnern, daß alle Zuschriften an die Redaktion den Zahlstellenstempel und die Unterschrift des Einsenders tragen müssen.

